

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 40, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühren betragen für die Nebenspaltsene Zeile oder deren Raum 100 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 171.

Montag, den 25. Juli 1921.

28. Jahrgang.

Englisch-französischer Ausgleich?

Brüssel, 25. Juli.

Der Pariser Berichterstatter des „Maasbode“ meldet: Die französisch-britischen Besprechungen über die nächste Sitzung des Obersten Rates dauern an und es heißt sogar, daß man eine Verständigung über die nächsten Verhandlungen erzielt werden wird. Man vermutet, daß Frankreich auf eine Sachverständigenuntersuchung verzichtet wird und daß London die Besetzung der ober-schlesischen Besatzungstruppen, um einem Beschluß der Alliierten Nachdruck zu verleihen, gutheißen wird.

Ein neuer Schritt Frankreichs bei Nord Curzon.

Paris, 25. Juli.

Die Pariser Sonntagspresse fährt fort, sich mit dem englisch-französischen Konflikt und der ober-schlesischen Frage zu beschäftigen. Der „Figaro“ schreibt heute morgen: der französische Botschafter in London hat gestern einen neuen Schritt bei Nord Curzon unternommen. Briand schickte vor dem Obersten Rat in der zweiten Hälfte des Monats August einzuuberufen. Dadurch wird Zeit gewonnen, Verhandlungen könnten in zwischen nach Oberschlesien gehen und die Beratungen der Sachverständigen stattfinden, wenn England diesen Wunsch annehmen möchte, Warte eine Einigung zustandekommen.

„West“ Journal schreibt: In Berlin spekuliert man augenblicklich auf einen Konflikt zwischen London und Paris. Das sei ein psychologischer Irrtum.

Paris, 25. Juli.

Der Intertransigent betont, daß französische Verstärkungen nach der 11. Division aus Nancy unter General Bidalon nach Oberschlesien entsandt werden.

Französische Anfrage über den Truppentransport.

(Die deutsche Antwort.)

Der französische Botschafter hat bei seinem heutigen Besuche den Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Rosen, gefragt, ob die deutsche Regierung erklären wolle, daß sie bereit sei, die nötigen Vorkehrungen für den Transport einer französischen Division zu treffen, die die französische Regierung nach Oberschlesien zu senden beabsichtigt.

Der Reichsminister des Auswärtigen hat dem französischen Botschafter heute Abend die nachstehende Antwort erteilt:

„Herr Botschafter!

Bei unserem heutigen Gespräche haben Sie mir mitgeteilt, daß die französische Regierung entschlossen sei, eine Division Hilfstruppen durch Deutschland nach Oberschlesien zu schicken, und haben hieran die Anfrage geknüpft, ob die deutsche Regierung bereit sei, die nötigen Vorkehrungen für den raschen Transport dieser Truppen durch Deutschland zu treffen.

Nach Rücksprache mit dem Herrn Reichskanzler Wirth beehre ich mich hierauf mitzuteilen, daß die deutsche Regierung bereit ist, bezüglich der Transporte von Truppen der Alliierten und assoziierten Mächte den Bestimmungen des Versailler Vertrages in jeder Weise nachzukommen. Indessen kann ihrer Auffassung ein Ersuchen um Beförderung von Truppen nach Oberschlesien nicht von einer der drei Mächte im eigenen Namen, sondern nur im Namen der Gesamtheit der drei Mächte, welche die Besetzung Oberschlesiens ausführen, gestellt werden. Ich darf Euere Excellenz daher um eine geeignete Mitteilung darüber bitten, ob das Ersuchen in diesem Falle im Namen der drei Alliierten Mächte gestellt ist.

Genehmigen Sie usw.“

Die Danziger Arbeiter gegen Durchmarsch.

Danzig, 23. Juli. In einer Versammlung der Funktionäre der Danziger Arbeiterschaft wurde einstimmig scharfster Protest gegen die französische Absicht, im Danziger Hafen Truppen für Oberschlesien auszuladen, erhoben und beschlossen, jede Arbeitsleistung zu verweigern, die irgendwie hiermit in Verbindung steht. Polnisch-französischen Bestrebungsversuchen, wie sie bereits eingeleitet haben, soll durch rücksichtslose Veröffentlichung begegnet werden. Dem Oberkommissar, General Haking, wurde von diesen Beschlüssen Kenntnis gegeben mit der Bitte, kein Mittel unversucht zu lassen, um französische Truppenlandungen zu verhindern.

Das Danziger Stadtparlament dürfte sich ebenfalls schon in den nächsten Tagen mit diesen französisch-polnischen Plänen beschäftigen und gegen sie beim Völkerbund protestieren.

Oberschlesien nach dem Vorbild des Saargebietes.

21. Berlin, 25. Juli 1921. In der allertesten Presse wird der Vorschlag erörtert, Oberschlesien unter die Verwaltung des Obersten Rates zu stellen. Oberschlesien würde, ähnlich dem Saargebiet, von einer Kommission aus einem Franzosen, einem Engländer, einem Italiener, einem Deutschen und einem Polen verwaltet werden. Auch an die amerikanische Regierung werde man wegen der Entsendung eines Vertreters zu dieser Kommission herantreten. Die polnische Regierung soll sich bereits mit der Annahme dieses Vorschlages bereit erklärt haben. Diese Kommission für Oberschlesien würde die Aufgabe haben, Löhne und Preise, Transporttarife festzusetzen und die wirtschaftlichen Fragen zu behandeln. Das ober-schlesische Gebiet würde für 25 bis 41 Jahre unter dieser Verwaltung stehen.

Da man keine gerechte Lösung zu finden weiß, verzichtet man auf eine Lösung und verewigt die jetzige Unsicherheit.

Ein neutraler Bericht.

Zürich, 23. Juli. (WB) Die „Züricher Zeitung“ schildert in einem Briefe aus Opatowitz eingehend die Verhältnisse in Oberschlesien. Der Korrespondent des Blattes bemerkt eingangs, daß seine Darstellungen sich auf eigene Wahrnehmungen und Informationen durch englische und italienische Offiziere und Beamte stützen. Er spricht unumwunden von der Vorkerrschaft der Franzosen. Die Engländer und Italiener verhalten sich den Franzosen gegenüber zurückhaltend. Sie verbleiben oft nur deshalb in ihren Quartieren, weil sie doch zum weilen der Neutralität und Gerechtigkeit dienen können. Ihre Beziehungen zu den Franzosen sind seit dem dritten polnischen Aufstande besonders getrübt. Ein neuer polnischer Aufstand wird erst dann unmöglich sein, wenn es General Heningher gelingt, die Sicherung der Ostgrenze durch englische Truppen vornehmen zu lassen. Die Franzosen widerlegen sich diesem Truppenaustausch mit allen Kräften. Die Verstärkung der englischen Besatzung in Dentschen nach dem bekannten Zwischenfall geschah gegen den Willen der Franzosen. Letzten Endes scheint das französische Verlangen nach Entsendung neuer französischer Truppen dadurch hervorgerufen zu sein, daß den Franzosen die dort ziemlich zahlreich anwesenden Engländer un bequem sind. Von Ausbreitungen der Insurgenten hört man jetzt nur noch aus dem Gebiete, das von Franzosen besetzt ist. Bei der Frage der Dislokation der Truppen hat der französische General Staff die Entscheidung zu treffen, dessen chauvinistische Rede bei der Verhandlung des Majors Montallegre unter den anwesenden Ententeoffizieren großes Verwundern hervorgerufen hat. Unter normalen Verhältnissen hätte diese Rede Zweifel über den Rücktritt des Generals zur Folge gehabt. Trotz der Bestimmung, daß keine Insurgenten den neuen Gemeindegemeinden eingereicht werden dürfen, kann man es allorts beobachten, daß viele Insurgenten als Gemeindegemeinden wachen aufgenommen wurden. Die Sicherheitsverhältnisse sind daher ganz erbärmlich. Ueber die inneren Vorgänge der S. R. werden die Polen häufig von den Franzosen dröhnlich unterrichtet.

Griechischer Vormarsch.

Nach Athen er Blättermeldungen werden die Reste der türkischen Armee von Eskişehir und Kutahia in der Richtung auf Angora verfolgt, wo sie sich zu konzentrieren suchen. Griechische Kavallerie geht parallel der Eisenbahnlinie vor. Smet Pascha ist mundtot. Sein Generalstabschef ist getötet. Die Türken müssen die Halbinsel Smit räumen.

Mustapha Kemal Pascha erklärt in einem Manifest, daß die nationale Armee von Angora sich auf Stellungen zurückziehe, die von vornherein vorgesehen gewesen seien. Die Proklamation empfiehlt der Bevölkerung Anatoliens, keinerlei Unruhe zu zeigen, denn die nationale Armee werde ihre Pflicht vollausführen. Die missemannische Bevölkerung von Affun-Karahisar, Kutahia und Eskişehir ist nach Sinvas und Erzerum verbracht worden.

Der türkische Bericht meldet erfolgreiche Gegenangriffe.

Noch keine Einladungen nach Washington.

Washington, 23. Juli. (WB) „Associated Press“ meldet: Bevor die Stellung Japans nicht klarer bestimmt ist, wird es für unwahrscheinlich gehalten, daß formelle Einladungen zur Entwaffnungs- und Pazifik-Konferenz versandt werden. Obwohl der Tag des Zusammentritts noch nicht bestimmt ist, wird der 11. November als besonders geeignet für die Eröffnung der Konferenz angesehen.

Deutschland und Frankreich.

Dr. L. Lübe, 25. Juli.

Trotz allen Festliegens spielt die französische Diplomatie ihr oftstes meisterhafte Spiel. Sie kennt nur ein Ziel: die dauernde Befestigung der französischen Vorherrschaft auf dem Kontinent und die zu diesem Zwecke nötige dauernde Schwächung Deutschlands.

Die Bevorzugung Polens bei der bevorstehenden schließlichen Teilung ist nur das Mittel zur Erreichung dieses Zieles. England steht dabei im Wege, englisches Interesse verbietet eine übertragende festländische Vormacht.

Der Zwiespalt zwischen England und Frankreich war in der letzten Woche für Frankreich bedenklich geworden. An der Frage des Zeitpunktes der Entscheidung über Oberschlesien und der sofortigen Entsendung von Hilfstruppen schien jeder Einigungsversuch zu scheitern.

Aber französischer Wille ist zäh. Hervorstechendster Charakterzug bei Clemenceau, bei Millerand und bei Briand sind Eigenfinn. Wie schon so oft versucht man also seinen Willen auf einem Umweg zu erreichen. Und auch diesmal scheint es zu gelingen, mit Hilfe Deutschlands.

Wie schon so oft versuchte die französische Regierung die englisch-französische Meinungsverschiedenheit durch einen Streit zwischen den Alliierten und Deutschland zu erziehen. Ohne eine Einigung mit Lloyd George abzuwarten, schickte Briand seine letzte Harie Note nach Berlin, und der französische Botschafter stellte im Anschluß daran bekanntlich folgende drei Forderungen auf:

1. Es wird von Deutschland jede notwendige Maßregel verlangt, um die Selbstschutz- und Freikorpsorganisationen zu entwerfen, aufzulösen und von der Grenze Oberschlesiens zu entfernen.
2. Deutschland wird aufgefordert, alle notwendigen Maßregeln zu treffen, damit die Entscheidungen der alliierten Mächte und die Ausführung des Friedensvertrages in Oberschlesien keinen Widerstand finden.
3. Deutschland hat alle Maßregeln zu treffen für die schnelle Herbeischaffung von Verstärkungen, welche eventuell nach Oberschlesien gesandt werden sollen.

Die deutsche Regierung antwortete darauf mit einer längeren Note, die wir heute im Wortlaut wiedergeben.

Was die beiden ersten Forderungen betrifft, behauptet und beweist die deutsche Regierung, daß sie vollständig überflüssig seien, da sie sich mit der deutschen Ansicht völlig decken. Zum dritten Punkt meint die deutsche Note wörtlich, „daß die Vermehrung der französischen Streitkräfte schwerlich dazu beitragen würde, die insolge der noch ausstehenden Entscheidung naturgemäß gespannte Lage in Oberschlesien zu beruhigen.“ Sie geht also auf die Forderung gar nicht ein, sie sagt weder ja noch nein.

Daß es gerade dieser letzte Punkt sein würde, in dem die französische Politik einhaken würde, um einen Gegenstoß zu Deutschland wieder künstlich zu schaffen, das konnte jedes Kind voraussehen. Der Deutsche ist wirklich kein Diplomat.

Prompt erschien auch der französische Botschafter bei Rosen und fragte, ob die deutsche Regierung „bereit sei, die nötigen Vorkehrungen für den Transport einer französischen Division zu treffen, die die französische Regierung nach Oberschlesien zu senden beabsichtigt?“

Das heißt nichts anderes, als daß Briand es ablehnt, mit der deutschen Regierung darüber zu verhandeln, ob Truppenverstärkungen zweckmäßig seien oder nicht, und daß er von ihr nichts anderes verlangt, als eine klare Stellungnahme, ob Deutschland Transportmittel stellen wolle oder nicht. Berlin hat es Paris in der Tat sehr leicht gemacht, diplomatisch die Oberhand zu bekommen.

Aber es kommt noch besser. Auf die neue, scharf formulierte französische Anfrage antwortete die deutsche Regierung folgendes: „... ein Ersuchen um Beförderung von Truppen nach Oberschlesien kann nicht von einer der drei Mächte im eigenen Namen, sondern nur im Namen der Gesamtheit der drei Mächte, welche die Besetzung Oberschlesiens ausüben, gestellt werden.“

Zweifellos war Deutschlands Stellung im diplomatischen Spiel und Gegenspiel in der ober-schlesischen Frage außerordentlich stark und günstig. Sie war es. Die neue deutsche Antwort, so einwandfrei sie vom juristischen Standpunkt sein mag, könnte politisch nicht ungeschickter lauten. Gibt sie doch Briand alles, was er braucht, um eine Einigung mit Lloyd George, wenn auch nur äußerlich, herbeizuführen.

Glaubt vielleicht Rosen oder sonst jemand in der Wilhelmstraße, daß Lloyd George Gelegenheit nehmen wird, sich in der Frage der Truppenverstärkung auf die deutsche Seite zu stellen? Das wäre der Höhepunkt der Verblendung.

Noch immer, wenn Deutschland mit dem Gedanken französisch-englischen Zwiespalt spielte, verschwand dieser Zwiespalt sofort. Und die neuesten Nachrichten deuten auch tatsächlich schon an, daß es Briand mit Hilfe deutscher Dummheit wieder einmal gelangt ist, über Lloyd George einen gewissen Sieg davonzutragen.

Rußlands Hungerkatastrophe.

Auch die kommunistische Presse Deutschlands gibt jetzt notgedrungen zu, daß Rußland von einer fürchterlichen Hungerkatastrophe bedroht ist. Man nennt die ungeheure Zahl von 25 Millionen Menschen — Landbevölkerung wohl gemerkt, nicht städtische Arbeiter — die, an der Möglichkeit einer auch nur kümmerlichen Ernährung verzweifelnd, die weiten Gebiete der Wälder zu verlassen begannen, um sich in rat- und regellosen Schwärmen in das übrige Land zu verstreuen. Die Summe des Elends, die in dieser Tatsache enthalten ist, läßt sich nicht ermessen, und jeder Mensch, der Umstände sieht, zum Kampf gegen diese Flut menschlichen Unglücks ein Steinchen zu liefern, hat die Pflicht, es zu tun.

Ein rechtsgerichtetes, nationalistisches Blatt hat dieser Tage den Satz gewagt: „Wir haben nichts zu geben, aber hätten wir, so dürften wir nicht geben!“ Aus diesen Worten, die der Berliner Spießbürger in seinem „Lokal-Anzeiger“ (s. ohne viel darüber nachzudenken, spricht derselbe Geist stumpfsinniger Naivität, dessen kraftmeiernde Betonung im Ausland die falsche Vorstellung erweckt hat, als befände das deutsche Volk nicht aus fühlenden Menschen, sondern aus Bestien. Dieselben Leute, die die Torpedierung von Hospitalschiffen und die Verschickung von Rettungsbooten mit der englischen Hungerblockade zu rechtfertigen versuchten, wollen jetzt ungerührt zusehen, wie 25 Millionen Menschen, Männer, Frauen und Kinder, verhungern, weil sie glauben, daß das ihnen politischen Zielen nützlich sei.

Diese Gefinnung wäre niederrützig, auch wenn der Glaube, auf den sie sich stützt, richtig wäre. Aber er ist falsch. Deutschland hat nichts dabei zu gewinnen, wenn der Volkshemismus in einer Katastrophe untergeht. Es besteht nicht die geringste Gefahr dafür, daß dem Sturz der Sowjets ein Regime folgen würde, das die Herstellung leidlich geordneter Verhältnisse bedeutete, vielmehr spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß ein gewalttätiger Umsturz nichts anderes brächte, als statt der alten eine neue Form der russischen Mißwirtschaft. So sehr wir den Volkshemismus als eine barbarische Verzerrung des Sozialismus bekämpfen, so haben wir für Rußland keine Sehnsucht nach einer Herrschaft der Schwarzen Hundert, nach einer Zerreißung des Reichs durch einen dreißigjährigen Bürgerkrieg. Vielleicht könnten einige militärische Abenteurer oder waghalsig spekulierende Kapitalisten aus einer solchen Entwicklung Nutzen ziehen, für das arbeitende Deutschland wäre sie nichts als eine neue Gefahr. Nein, wir können uns gar nichts davon versprechen, wenn der Volkshemismus, der doch eben daran ist, sich langsam und mühsam zur Vernunft zurückzufinden, auf diesem Weg in den Abgrund stürzt.

Für uns westeuropäischen Sozialisten ist der Sozialismus ein System, um die Lage der arbeitenden Menschen zu bessern, und kein mechanisches Schema, das stöpselhaft angewendet werden muß, wenn daran auch die Menschen zugrunde gingen. Wir besitzen nicht den grausamen Mut, gegen die jetzt lebende Generation und die heranwachsende zu wüten in dem unbewiesenen und unbewiesbaren Glauben, daß daraus das Glück eines späteren Geschlechts heranzuwachsen würde. Wir besitzen auch nicht die Möglichkeit dazu, denn unser Volk würde sich — glücklicherweise, sagen wir — zu solchen Experimenten nicht hergeben. Sie sind nur möglich bei einem Volk wie dem russischen, das in einer fürchterlichen Schmelze des Leidens stümpften Gehorsam gelernt hat, und selbst dort gibt es vielleicht einen Punkt, an dem der alzu straff gespannte Wagen zerbricht.

Unsere deutschen Kommunisten freilich wagen an russischen Zuständen kein Wort der Kritik, gegen die russische Regierung nicht einmal ein Wort der Warnung. Während in Deutschland an allem, was Unbehagen erregt, den „Sozialverrättern“ in der Regierung die Schuld gegeben wird, beklagen sie sich bei der russischen Regierung gegenüber einer geradezu widerwärtigen Diktatur. In Deutschland heißt es auf jeden Fall: „Die Regierung hat schuld daran!“ Was in Rußland an Grausigem aber passiert, wird nach Krämpfen verurteilt; wenn das aber gar nicht mehr geht, dann hebt man beschwörend die Hände und ruft: „Die Regierung kann nichts dafür!“

Es ist das Unglück der russischen Regierung, daß sie im Ausland keine aufrichtigen Freunde besitzt, sondern daß sie sich auch hier mit ihrem Geld und ihren Druckmitteln nur ein Geschlecht von Kriechern und Schmeichlern herangezogen hat. Wo ist die kommunistische Partei in Europa, die die Autorität besäße und die den Mut aufbrächte, den allmächtigen und allwissenden Herren des Kremel zu sagen, daß sie etwas schlecht gemacht hätten, und ihnen zu raten, wie sie es besser machen könnten? In der ganzen kommunistischen Bewegung Europas gibt es keinen Mann, der auch nur Aussicht hätte, in Moskau mit Achtung angehört zu werden.

Aber diese Allmächtigen, die allzujah die Herrscherkunst gelernt haben, andere erstickern zu lassen, sie zittern heute selbst vor dem armen Russe, vor dem russischen Bauern, der in Hungersnöten jauchendlos um sich greift und eines Tages sie selber an der Kehle packen könnte. Zurückbare Kerne des Schicksals! Einst waren es die Kadikalen in der sozialistischen Bewegung, die hartnäckig an der „Verlebensstheorie“ festhielten, an dem Glauben, eine Klassenwelle menschlicher Not werde eines Tages das ganze kapitalistische System mit einem Schlage hinwegschwemmen. Und jetzt ist ein System, das sich selbst großsprecherisch als „sozialistisch“ oder „kommunistisch“ bezeichnet, hart daran, durch eine Elendkatastrophe von noch nie erlebtem Umfang vernichtet zu werden. Die Verlebensstheorie droht Praxis zu werden am Volkshemismus! Despoten, die vor der Verzweiflung des hungernden Volkes zittern — das sollten andere Vorbilder sein?

Wir haben längst nicht mehr die Sorge, daß die deutschen Arbeiter den Krieg der russischen beschreiben könnten. Die Zeit ist vorbei. Deutlicher als die Gefahr, daß über Rußland eine neue Katastrophe hereinbricht, deren politische und soziale Folgen für ganz Europa in unheilvoller Weise fühlbar werden. Gibt es noch eine Möglichkeit, sie zu vermeiden, kamte sich der Volkshemismus noch auf den Weg der Evolution und der Demokratie reiten, auf dem er freilich anhört zu sein, was er ist, das wäre sicher das Beste für ihn und für die Sache des arbeitenden Volkes in der ganzen Welt!
(„Vorwärts“)

Die deutsche Antwort an Frankreich.

Auf die Aufzeichnung, die der französische Botschafter in Berlin am 16. Juli bei seiner Demarche wegen Oberschlesien der deutschen Regierung überreichte, hat der Reichsminister des Auswärtigen gestern Abend dem französischen Botschafter folgende Antwort übergeben:

Die deutsche Regierung ist durch den Schritt des französischen Botschafters vom 16. Juli überrascht worden. Die französische Regierung führt Beschwerde über den angeblich „infolge des Verhaltens der Deutschen immer drohender werdenden Charakter der Lage in Oberschlesien und über die angebliche Gefahr einer gewalttätigen deutschen Aktion“. Die deutsche Regierung hält es für unmöglich, daß die erhobenen Vorstellungen hätten erfolgen können, wenn die französische Regierung über die tatsächlichen Verhältnisse in Oberschlesien zutreffend unterrichtet gewesen wäre. Die sehr bestimmten und eingehenden Berichte des Generals Le Rond sowie die dringenden Mitteilungen der polnischen Regierung, auf die sich die von dem französischen Botschafter übergebene Aufzeichnung „erst“, bedürfen offenbar nicht mit den tatsächlichen Zuständen im Abstimmungsgebiet.

Die Lage in Oberschlesien

ist in keiner Weise durch das Verhalten der deutschen Bevölkerung bedroht. Diese hat sich niemals mit dem Gedanken eines Aufstandes getragene. Als sie sich Anfang Mai zur Verteidigung zusammenzuschloß, erfolgte dies nur in äußerster Notwehr gegen polnische Angriffe. Die deutsche Bevölkerung denkt überhaupt nicht daran, die Waffe ihres guten Rechts mit der Gewalt zu vertauschen und mühselt nichts jehnlischer, als endlich wieder in Ruhe und Frieden ihrem Berufe ohne Störung durch polnische Gewalttaten nachgehen zu können.

Die französische Aufzeichnung verweist auf angeblich „ungeheure Ausschreitungen und unmittelbare Herausforderungen des Generals Höfer“, welche die Schwere des in Oberschlesien vorbereiteten Angriffs bestätigen sollen. Die deutsche Regierung wäre dankbar, wenn sie hierüber nähere Informationen erhalten könnte. Ihr selbst ist trotz Nachforschungen von derartigen Erklärungen oder Herausforderungen des Generals Höfer nichts bekannt geworden.

Die französische Aufzeichnung spricht weiterhin von deutschen Banden. Sollten mit dem Ausdruck „Banden“ die früheren und inzwischen aufgelösten deutschen Selbstschützformationen gemeint sein, so muß diese für Verteidiger des Heimatbodens entwürdigende Bezeichnung mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Die Aufzeichnung beschränkt sich ferner über deutsche Attentate, welche besonders gegen französische Truppen und Beamte gerichtet seien. Hierzu ist folgendes zu bemerken:

1. Die Ermordung des Majors Montalegre ist nach den hier vorliegenden Nachrichten nicht von deutscher Seite erfolgt. Nichts berechtigt dazu, diese Tat mit dem deutschen Selbstschütz oder mit der deutschen Bevölkerung irgendwie in Verbindung zu bringen.
2. In dem Ratiborer Falle handelt es sich anscheinend um einen französischen Leutnant, der einen Zug deutscher Flüchtlinge vor dem Rathaus photographierte. Dieser französische Offizier, der während des Aufstandes die Uebergabe der Stadt Ratibor an die Polen eifrig betrieben hatte, hat schon seit längerer Zeit die deutsche Bevölkerung durch sein Verhalten stark gereizt. Er wurde am dem fraglichen Tage von der Menge bedrängt, welche die Herausgabe der Platten von ihm forderte. Er zog sich in sein Hotel zurück und bedrohte von dort aus die Flüchtlinge mit Handgranaten. Schließlich gab er die Platten heraus, die dem Reiskontrollleur übergeben wurden. Verhandlungen des Offiziers haben nicht stattgefunden.
3. Ueber den Fall des Hauptmannes Ruz und des Leutnants Kaval liegen nähere Nachrichten nicht vor. Die deutsche Regierung würde dankbar sein, wenn ihr die zur Nachprüfung der Angelegenheit erforderlichen Unterlagen zugänglich gemacht würden.
4. Der angebliche Bombenwurf in der Nähe des Hospitals stellt sich als die Handlung eines Betrunknen dar, der nach Schluß der Polizeistunde in ein dem Hospital benachbartes Wirtshaus einzudringen versuchte und von dem Wirt entfernt wurde.

Zu dem Fall der Mißhandlungen des Untersuchungsrichters Szedewitz ist zu bemerken, daß es sich offenbar um einen Nachsatz eines unerschuldig in Untersuchungshaft genommenen Maranes handelt. Eine Verurteilung hat nicht stattgefunden. Der Vorwurf, daß die Polizei abweislich nicht eingeschritten wäre, läßt sich nach den getroffenen Erhebungen nicht aufrecht erhalten. So bedauerlich diese in der französischen Aufzeichnung angeführten Fälle auch erscheinen mögen, so lassen sie die von der französischen Regierung daraus gezogenen politischen Folgerungen nicht zu.

Die in der französischen Aufzeichnung aufgestellten Behauptungen über den deutschen Selbstschütz sind nicht zutreffend. Die deutsche Regierung muß zunächst die Verantwortung für den oberschlesischen Selbstschütz ablehnen. Sie betont — wie in ihrer Note vom 22. Mai — erneut mit Nachdruck, daß der oberschlesische Selbstschütz sich als eine aus dem Zusammenbruch der Bevölkerung hervorgegangene Notwehraktion darstellt, der sich in einem Gebiet gebildet hat, das der deutschen Verwaltung entzogen und der Verwaltung der Interalliierten Kommission unterstellt ist. Die in der Aufzeichnung enthaltenen Angaben über die Stärke des Selbstschützes, über die zahlenmäßige Beteiligung von Nichtoberschlesien, entsprechen ebenfalls nicht den Tatsachen. Nach der, gemäß den mit der Interalliierten Kommission getroffenen Abmachungen, erfolgten Auflösung des Selbstschützes sind keine oberschlesischen Mitglieder in ihre Wohnstätten zurückgeführt, soweit ihnen dies bei dem immer noch herrschenden polnischen Terror möglich war. Die übrigen Mitglieder haben sich in ihre Heimat begeben und ihre durch den Aufstand unterbrochene Erwerbstätigkeit wieder aufgenommen, oder haben, soweit sie arbeitslos waren, von der ihnen in französischen und anderen Kreisen unter Beihilfe der Gewerkschaften und anderer Organisationen vermittelten Arbeitsstellen

heit Gebrauch gemacht. Die deutsche Regierung hat, ihren Zusicherungen gemäß, die in das unbefetzte Deutschland übergetretenen Teile des Selbstschützes, soweit sie noch im Besitz von Waffen waren, von den aufgestellten Schutzpolizeikommandos ent Waffen lassen. Sollten wider Erwarten auf unbesetztem Gebiet vereinigt noch bewaffnete Truppen auftauchen, werden sie entwaffnet und aufgelöst werden.

Die französische Aufzeichnung behauptet ferner, daß die Oberleitung des Selbstschützes an Ort und Stelle geblieben sei, und daß General Höfer sich in Brieg befinden. Dies ist nicht der Fall. Das Kommando des Selbstschützes, das in Oberglogau seinen Sitz hatte, ist aufgelöst und Oberglogau geräumt. General Höfer weilt nicht in Brieg, wo er nur am 6. und 7. Juli gewesen ist, um die Auflösung des Selbstschützes zu vollenden, vielmehr hat er sich von dort nach seinem Wohnsitz Koburg begeben und ist auf der Durchreise dorthin am 11. Juli in Berlin gewesen.

eine Gefährdung des Friedens

Während somit von deutscher Seite keineswegs zu befürchten ist, besteht die ernste Gefahr, daß von polnischer Seite erneut versucht wird, das Ziel zu erreichen, das in drei Aufständen vergeblich angestrebt wurde. Der deutsche Reichsminister des Auswärtigen hat in Uebereinstimmung mit dem gesamten Kabinett auf dessen Wunsch am 20. Juni in einer Besprechung mit dem französischen Botschafter über das Räumungsabkommen seiner Auffassung dahin Ausdruck gegeben, daß er an die ernsthafteste Absicht der polnischen Insurgenten, das Abstimmungsgebiet zu räumen, nicht glaube. Die Tatsachen haben diese Auffassung voll bestätigt. Sie sind auch dem französischen Botschafter durch einen Kattowitzer Augenzeugen am 7. Juli in Gegenwart des Außenministers bestätigt worden und sind der französischen Regierung bekannt.

Die Räumung des Gebietes durch Polen ist nur zum Schein erfolgt. Zwar sind die regulären polnischen Truppen und Teile der Haller-Armee mit den schweren Waffen über die Grenze gezogen, wo sie, zu neuem Einfall bereit, in ihren Ausgangsstellungen verammelt sind. Aber innerhalb des Abstimmungsgebietes ist die gesamte militärische Organisation der Insurgenten geblieben. Die Waffen sind versteckt, die infolge der Amnestie straflos gebliebenen polnischen Führer stellen auf ihren Kosten. Die Mannschaften, die nach ihren eigenen Angaben nur auf einige Wochen beurlaubt sind, warten auf den Befehl zu neuem Einschlagen. Seitens der französischen Besatzungstruppen, welche gegen die deutschgefinnte Bevölkerung mit Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgehen, ist nach hier vorliegenden Berichten

für die Entwaffnung der polnischen Insurgenten bisher nichts Durchgreifendes geschehen.

Zum Teil sind sogar in den neueingerichteten Gemeindeführern Insurgenten mit ihren Gewehren aufgenommen worden. Auch die Verwaltungsbefugnisse haben die Insurgenten nur zum Teil, und auch dann mehr nur zum Schein als in Wirklichkeit an die Interalliierte Kommission abgegeben. Die Landräte haben in manchen Kreisen nur eine stark beschränkte Amtsgewalt. Die Amtsvorsteher sind zum Teil vertrieben oder können es nicht wagen, ihre Amtsbefugnisse auszuüben. Die Gemeindevorsteher stehen teilweise Notgedrungen unter dem maßgebenden Einfluß ungeselliger polnischer Beiräte. Wie sehr sich die polnischen Insurgenten als Herren des Landes fühlen, zeigen in vielen Gegenden die Mißhandlungen und Verschleppungen deutschgefinnter Leute, die immer wieder vorkommen, und zeigen besonders die polnischen Fahnen, die heute wieder über zahlreichen Werken wehen, nachdem sie für die Dauer der kürzlich vom General LeRond unternommenen Inspektionsreise eingezogen waren. Vielfach haben auch die Insurgenten sogenannte Liquidationsbüros im Lande zurückgelassen, deren Leiter größtenteils während des polnischen Aufstandes Insurgentenführer gewesen sind, in Wahrheit aber sich mit der Vorbereitung neuer Putschpläne beschäftigen. In Schoppinitz besteht noch heute das Hauptquartier Korfantys in Gestalt einer sogenannten Hauptliquidationskommission.

Die deutsche Regierung bedauert lebhaft, daß die französische Regierung den vielen, augenscheinlich von polnischer Seite ausgehenden

falschen Behauptungen Glauben und Beachtung geschenkt hat. Sie gibt sich der Hoffnung hin, daß die französische Regierung auf Grund der obigen tatsächlichen Richtigstellung der ihr vorliegenden Nachricht zu der Ueberzeugung gelangen wird, daß von der „Gefahr eines deutschen Aufstandes oder von einer deutschen Drohung“ nicht gesprochen werden kann. Sie ist ferner der Ansicht, daß die Vermehrung der französischen Streitkräfte schwerlich dazu beitragen würde, die infolge der noch ausstehenden Entscheidung naturgemäß gespannte Lage in Oberschlesien zu beruhigen.

Die deutsche Regierung hat dadurch, daß sie das Ultimatum nicht nur angenommen hat, sondern auch in seiner Ausführung schon weit vorgeschritten ist, den Beweis geliefert, daß ihre Orientierung auf Frieden und nicht auf kriegerische Abenteuer gerichtet und daß das Ziel ihrer Politik die Wiederherstellung friedlicher und normaler Beziehungen ist. Sie hat bereits ungeheure Leistungen finanzieller und wirtschaftlicher Art vollbracht und hat auch in der Entwaffnungsfrage allen Forderungen Genüge getan. Die deutsche Regierung wird nach wie vor in diesem Bestreben fortzuehren. Innerhalb weniger Wochen hat sie, um nur einiges zu nennen, die schwere Artillerie der Land- und Küstenbesetzungen sowie das von der Kontrollkommission nicht zugelassene Gerät des Heeres, der Marine und der Polizei abgeliefert, sie hat die Herstellung von Luftfahrzeugen und -motoren verboten, und alle in Deutschland noch bestehenden Selbstschützorganisationen entwaffnet und aufgelöst. Die Durchführung des Friedensvertrages hängt aber unter anderem davon ab, ob es gelingt, die Polen dazu zu bringen, ihrerseits den Friedensvertrag zu achten, von dem Streben nach unrechtmäßigen Zielen Abstand zu nehmen und auf die Anwendung aller Mittel der Gewalt zu verzichten.

tember dauernden Gerichtsferien darf man annehmen, daß die Hauptverhandlung frühestens im Oktober dieses Jahres stattfinden wird.

Anlageerhebung gegen Jagow.

Nach Informationen der III. ist die Anlageerhebung gegen den ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow wegen Verletzung des Rapp-Patents jetzt nach Abschluß der Voruntersuchung von der Reichsanwaltschaft dem ersten Strafsenat des Reichsgerichts zugestellt worden. Damit ist die Anlage gegen v. Jagow offiziell erhoben.

Der erste Strafsenat wird gemäß der Strafprozedurordnung über die Eröffnung des Hauptverfahrens zu beschließen haben. Die Hauptverhandlung selbst wird vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts stattfinden. Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge wird mit Rücksicht auf die bis zum 15. Sep-

Russisches Hilfswerk in Berlin.

Genosse A. Grigorjanz schreibt dem „Vorwärts“:
„Ähnlich wie der Berliner Lokal-Anzeiger“ äußert man sich in den rechts stehenden russischen Emigrantenkreisen, daß die Hilfe für die Hungernden in Sowjetrußland als Unterstützung der Sowjetregierung angesehen werden müsse. Daher wird in diesen Kreisen gegen das Hilfswerk gearbeitet. Das kann uns nicht wandern. Es war aber zu befürchten, daß in den Kreisen der Berliner russischen Emigranten, die diese — gelinde gesagt — menschenfeindliche Auffassung nicht teilen und bestrebt sind, sich an dem Hilfswerk zu beteiligen, politische Gesichtspunkte doch maßgebend

ein würden, daß man den Hintergedanken dabei verfolgen würde, die Hilfsaktion für politische Zwecke auszunutzen.

Es ist daher erfreulich, daß nunmehr sich ein russisches Hilfskomitee konstituiert hat, das jegliche politischen Absichten und Hintergedanken weit von sich weist und die Organisation der Hilfeleistung an die Hungersenden in Rußland auf einem völlig neutralen unpolitischen Boden aufbauen will. Nach vorherigen Besprechungen fanden sich am 22. Juli 15 Herren zusammen, die den verschiedenen politischen Richtungen — angefangen von den Sozialdemokraten bis zu rechtsstehenden Kadetten — angehören. Nach Konstituierung des Komitees wurde beschlossen, unter ausdrücklicher Ausschaltung jeglicher politischen Tendenzen die Organisation in Kontakt mit der Sowjetregierung aufzubauen. Allerdings soll der gesellschaftliche Charakter des Komitees strengstens bewahrt bleiben, so daß Angehörige der russischen Regierungspartei ihm nicht mit angehören dürfen. Sonst kommt für die Zugehörigkeit zum Komitee jede Persönlichkeit in Frage, die der Sache nützlich sein kann, unbeschadet ihrer politischen Einstellung in der Voraussetzung selbstverständlich, daß der oben erwähnte politische Grundsatz respektiert wird.

Wie verlautet, ist die Sowjetregierung über die Vorbereitungen zur Bildung dieses Komitees unterrichtet, und sie hat durch private Fühlungnahme zu verstehen gegeben, daß sie bereit sei, der Organisation die Möglichkeit einer ungetriggerten Betätigung und Entfaltung des Hilfswerkes zu gewährleisten.

Das neue Komitee hat beschlossen, durch Hinzuziehung weiterer Kreise seinen Bestand zunächst auf 40 Mitglieder zu erhöhen. Weitere Kooperationsstellen sollen folgen. Mit der unter Führung Gerhart Hauptmanns entstehenden deutschen Organisation wird Fühlung genommen, damit die beiden Organisationen — die deutsche und die russische — Hand in Hand arbeiten können.

Namen und Adresse werden in den nächsten Tagen mitgeteilt werden.

Henderson über die proletarische Einigung.

Die englischen Genossen Henderson und Macdonald hielten sich am Donnerstagabend in Begleitung führender belgischer Genossen in Berlin auf, von wo aus sie am Freitag vormittag zu dem dänischen Parteifest nach Kopenhagen reisten. Ein Mitglied der „Vorwärts“-redaktion nahm Gelegenheit, Henderson zu sprechen und fragte ihn zunächst, ob er den Wunsch habe, den deutschen Arbeitern etwas Bestimmtes mitzuteilen. Henderson antwortete: „Ja, ich möchte den deutschen Arbeitern vor allem sagen, daß wir in England jede Trennung und jede Zersplitterung in der Arbeiterbewegung für ein großes Unglück halten, daß wir die Einigkeit wollen, die allein unsere Bewegung stark machen kann.“

Das Gespräch kam dann auf das Schreiben, mit dem die Wiener Arbeitsgemeinschaft von ihrer Frankfurter Konferenz aus die Einladung der Labour Party zu einer gemeinsamen Aussprache beantwortet hatte. Dazu erklärte der Führer der Labour Party das folgende:

„Die Wiener Arbeitsgemeinschaft lehnt eine eigentliche Einigung aus grundsätzlichen Bedenken ab, erklärt sich aber zu unverbündlichen Besprechungen, die rein informativem Zweck haben sollten, bereit. Selbstverständlich sind auch wir bereit, solche informativem Besprechungen mit den der Wiener Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Parteien abzuhalten. Es kümmert mich sehr wenig, ob eine Internationale die Zweite, die Zweieinhalbte oder meinetwegen die Dreißigste heißt! Alle Meinungsverschiedenheiten und auch alle persönlichen Gegensätze müssen gänzlich in den Hintergrund treten gegenüber der Notwendigkeit, eine einheitliche, große, starke Internationale aufzurichten. Das Verhalten der französischen Genossen ist mir unverständlich. Longuet verhandelt mit dem Henderson von der Labour Party. Aber mit dem Henderson von der Zweiten Internationale verhandelt er nicht. Das ist nicht die Art, unsere Sache ernst zu behandeln! — Was haben denn die französischen Genossen durch die Trennung erreicht? Ihr Einfluß auf die Politik ihres Landes ist geringer als je zuvor. Und ähnlich wirkt die Spaltung und Zersplitterung überall. Auch Sie in Deutschland und auch wir in England könnten viel machtvoller auftreten, wenn wir alle, Engländer, Deutsche, Franzosen miteinander einig wären! Bei allen kommenden Wahlen in England wird die Erörterung der internationalen Beziehungen eine sehr große Rolle spielen.“

Die weiteren Ausführungen Hendersons bezogen sich auf die eventuellen Neuwahlen, die stattfinden würden, falls die Vereinigungsaktion mit Island scheiterte. Henderson glaubt, daß die englische Arbeiterpartei gut abschneiden wird, und daß der Ausgang des Bergarbeiterstreiks und der jetzt vorgenommenen Lohnabbau den Erfolg weniger beeinträchtigen könne.

Henderson beendete sein Gespräch mit dem „Vorwärts“-redakteur: „Ich bitte Sie noch einmal, Ihren deutschen Genossen zu sagen, daß wir die einheitliche große und starke Internationale wollen, daß wir die Einigkeit der Arbeiter wollen, national und international. Denn dies allein ist's, was uns vorwärts bringen kann.“

Steuer- und Zollreform.

Im Heft 16 der „Globe“ beendet Barvus seine interessante Artikelserie über die Ausführung des Ultimatums. Der Verfasser hat in den vorhergehenden Artikeln dargestellt, daß Deutschland wohl insande ist, die aufzugezwungenen Lasten zu tragen, wenn wir unser bisheriges Wirtschaftsleben demgemäß umgestalten. Statt Verbrauchssteuern Monopole, Zusammenfassung der großen Industriezweige, der Bergwerke und der Eisenbahn zu einem Konzern, der Staat nicht als Gläubiger und Steuereinziger, sondern als Mitinhaber, dessen Interessen mit dem Unternehmen eng verbunden sind.

Barvus warnt noch einmal in seinem letzten Artikel vor einer höheren Steuerbelastung der ar-

beitenden Klassen, die diese nicht mehr ertragen könnten, die Streiks und Lohnherabsetzung zur Folge haben, wodurch auch der Staat als Arbeitgeber mehr Löhne ausgeben muß, wodurch wiederum ein Teil der eingegangenen Steuern nutzlos verbraucht werden. Keine neuen Steuern, die die Lebenshaltung des Proletariats noch mehr herabdrücken, im Gegenteil: die Kaufkraft der Konsumenten muß erhöht, sein Verbrauch größer werden, d. h. das U und D für Deutschlands Zukunft: Steigerung der Produktion.

Jede weitere Drauflosbesteuerung artet in einem Steuerbohrerwahn aus, der die Grundlagen der Volkswirtschaft untergräbt, alle kaufmännischen Kalkulationen immer aufs neue über den Haufen wirft, eine Unsicherheit der Eigentumsverhältnisse schafft, die den Geschäftsmann zwingt, auf Spekulationsgewinne auszugehen, die Mißkonomie und mit ihr den Zinsfuß steigert, die Mittelschichten vollständig aufreibt, die sozialen Gegensätze zwischen den Produzenten und Konsumenten, zwischen den Mietern und den Hausbesitzern, zwischen den Arbeitern und den Unternehmern verschärft und die sozialen Kämpfe immer aufs neue aufspießt, so daß das Land überhaupt nicht mehr zur Ruhe kommen kann. Der Kampf der Arbeiter um Besserung ihrer Lage wird unter diesen Umständen zur Sisyphusarbeit: kaum haben sie die Löhne geholt, reißt ihnen die Teuerung den Erfolg herunter. Die Staatskassen leeren sich indessen ebenso rasch, wie sie sich gefüllt haben, und nur das Heer der Steuerbeamten wächst, die eifrig bemüht sind, das bodenlose Danaidenmaß vollzumachen. Produktion und Absatz ist alles. Von diesem Gesichtspunkte aus müssen wir auch unsere Zollpolitik einer Revision unterziehen.“

Zu diesem Zweck empfiehlt Barvus die Schaffung eines Getreideeinfuhrmonopols. Dadurch würde der Staat alleiniger Bezieher ausländischen Getreides, wodurch er einen gewissen Druck auf den Weltmarktpreis ausüben könnte. Ankauf für eine längere Periode, hiesige Getreide-reserven in Zeiten guter und billiger Ernte anlegen, um preisregulierend während der Teuerung und Brotknappheit zu wirken.

Eine weitere Verbilligung des Brotes ließe sich im Zusammenschluß der Brotfabriken und deren Vereinigung mit der Mühlenindustrie erreichen, die mit den Konsumvereinen, den Gemeinden und dem Staat Hand in Hand arbeiten sollen. Ferner müsse die wilde Konkurrenz der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt aufhören. Deutschland dürfe nicht mehr der Preisdrücker im Weltmarkt sein.

Zu diesen beachtenswerten Vorschlägen liefert Barvus ein ausgiebiges Zahlenmaterial und er stützt seine Vorschläge durch eine Statistik, die die guten Grundlagen zeigt, auf denen sein Gebäude errichtet ist. Zusammengefaßt schließen die Betrachtungen wie folgt:

„Die Zurückweisung des Ultimatums würde uns um das Ruhrgebiet und Oberschlesien gebracht haben. Das ist nun einmal sicher. Gewiß würde dabei Frankreich nicht auf seine Kosten kommen. Frankreich wäre ruiniert, aber wir erst recht zugrundegerichtet und die ganze Welt in eine Krise verwickelt, deren Ende und Folgen gar nicht auszudenken sind. Die Frage war also nicht die: zahlen oder Prügel kriegen, — die Frage war vielmehr: zahlen oder untergehen! Es handelt sich auch nicht bloß um Deutschland, es handelt sich um die ganze Welt. Es handelte sich darum, daß endlich einmal Ruhe und Ordnung eintreten. Es handelte sich kurz um die Liquidation des Krieges, um die Wiederherstellung friedlicher Zustände der Entwicklung der Weltindustrie und des Welthandels.“

Schließlich darf man doch nicht glauben, daß die Milliarden, die wir an das Ausland zahlen, für uns ganz verloren gehen. Soweit Sachleistungen von uns bezogen werden, ist es klar, daß das Geld wiederum an uns zurückfließt. Es ist also dasselbe Spiel, wie bei unsern früheren großen Militär- und Marineausgaben. Denn die Panzerplatten und Kanonen, die wir fabrikierten, vermehrten unsern Wohlstand nicht, und doch lebten wir davon, da sie Beschäftigung schufen. Was geschieht aber mit dem Geld, das wir bar bezahlen? Es fliegt an die Bevölkerung der alliierten Staaten. Und dann? Dann erscheint es als gesteigerte Kaufkraft auf dem Weltmarkt und wendet sich damit wiederum, neben den andern, auch unserer Industrie zu. Man verlangt von uns Zahlungen in ausländischer Wälua. Man wird erleben, daß diese Zahlungen wieder in Marx werden umgewandelt werden, um deutsche Waren zu kaufen. Je mehr bares Geld von uns ins Ausland fließt, desto mehr wird das Geld dort entwertet und desto teurer wird man unsere Waren zu bezahlen haben — wenn wir nicht selber durch wilde Konkurrenz die Preise drücken. Die Vorbedingungen im Inlande aber sind: die Abtragung der Kriegsschulden und die Beschaffung einer Uebergangsanleihe für die Industrie und für den Staat.“

Die Wirkung der Sanktionen in der Rheinprovinz.

NZ. Nach dem Artikel 270 des Friedensvertrages in Versailles behalten sich die alliierten und assoziierten Mächte vor, für das deutsche von ihren Truppen besetzte Gebiet eine eigene Zollordnung sowohl für die Einfuhr wie für die Ausfuhr in Geltung zu setzen, sofern ihnen eine solche Maßnahme erforderlich erscheint, um die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung dieser Gebiete zu wahren.“ Für die Zollgrenze am Rhein, die insonderheit auf Betreiben Frankreichs errichtet wurde und aufrecht erhalten wird, und die den gefährlichsten Teil der Sanktionen ausmacht, gibt es keine Stütze im Friedensvertrag als diesen Artikel. Und gerade dieser Artikel beweist das fragante Unrecht, das Deutschland mit dieser Zoll-Demie angetan wird. Es ist hier ausdrücklich von Wahrung der Interessen der Bevölkerung die Rede. Die Zollgrenze aber ist die schwerste Schädigung der Interessen gerade dieser Gebiete. Sie ist ein offener Bruch des Friedensvertrages.

Die verheerenden Wirkungen der Sanktionen auf die Arbeitsmarktwirtschaft in der Rheinprovinz häufen sich. Nach einem Bericht der Düsseldorf Regierung sind bis Ende Mai 72 Stilllegungen und Betriebseinschränkungen in Regierungsbezirk gemeldet worden. Vom 1. bis 24. Juni sind, wie das Landesarbeitsamt meldet, weitere 27 Betriebe stillgelegt, bzw. eingeschränkt worden. Außerdem wird in fast allen Fabriken unter den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die durch die Zollsanktionen ausgelöst worden sind, die Arbeit gestreikt. Von den 550 000 Arbeitern in den Fabriken des

Düsseldorf Bezirks müssen etwa 200 000 mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten. Dabei ist zu beachten, daß in vielen Fabriken, um den alten Stamm der Arbeiter zu erhalten, Aufbesserungs- und sonstige unproduktive Arbeiten vorgenommen werden, und daß gleichzeitig allenthalben die tarifmäßigen Beurlaubungen der Arbeiter stattfinden. Und trotz dem keine Erleichterung.

Die französische Zollordnung für den Rhein errichtet bekanntlich eine doppelte Zollmauer mitten durch deutsches Gebiet. Für alle von dem unbesetzten Gebiet nach dem Rheinland eingeführten Güter werden 25 Prozent der Höhe des deutschen Zolltarifs in Goldmark erhoben. Also das 3-bis 4fache der Zolltarifsätze in Papiermark. Für die aus dem besetzten Gebiet ins unbesetzte Gebiet gehenden Waren müssen die Höhe des deutschen Zolltarifs in Papiermark gezahlt werden. Die Fabriken im besetzten Gebiet sind in der Konkurrenz mit den Unternehmungen im unbesetzten Gebiet aufs schwerste benachteiligt. Für die französischen Luxusartikel gibt es keine besonderen, noch schwereren, sie können durch das neue Loch im Westen einströmen und unsere Wälua noch mehr entwerten.

In einem Bericht der Interessengemeinschaft der Düsseldorf Arbeitgeberverbände in Gemeinschaft mit den Gewerkschafts- und Angestelltenbündeln an den kommandierenden General der französischen Besatzungstruppen werden geradezu erschütternde Tatsachen über die Schäden der Sanktionen mitgeteilt. Aus allen Teilen der Industrie wird geklagt, daß die Schwierigkeiten in der Beschaffung der Rohstoffe und Halbfabrikate wachsen und daß deren Verteuerung immer mehr steigt. Neue Aufträge bleiben aus. Schon erteilte Bestellungen werden wieder rückgängig gemacht. Viele alte Geschäftsbeziehungen sind unterbrochen und verloren. Der Auftragsbestand der Papierindustrie ist um 50 Prozent zurückgegangen. Die Maschinenfabriken haben einen Rückgang der Aufträge bis zu 68 Prozent zu verzeichnen. Auch die Nachfragen und Aufträge sind durchweg auf die Hälfte gesunken.

Durch die notwendigen Ein- und Ausfuhrbewilligungen für Waren im Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet und die dadurch entstehenden Verzögerungen werden die Schwierigkeiten noch mehr gesteigert. Allein bei der Ein- und Ausfuhrstelle in Ems laufen alltäglich zwischen 10- und 25 000 Bewilligungsersuchen für den Warenverkehr ein, zu deren Bearbeitung ein Personal von mehr als 5000 Köpfen notwendig ist. Natürlich staut alles. Auch der Außenhandel wird gelähmt, wie aus dem starken Rückgang der auswärtigen Aufträge bemerkbar wird. Das Arbeitslosenelement wächst von Tag zu Tag. Die Fabriken müssen fortschreitend Arbeiterentlassungen vornehmen. Sie haben nicht nur weniger Aufträge, sondern auch die Rohleverforgung ist gefährdet. Den Betrieben werden im allgemeinen nur 25 Prozent des ihnen zustehenden, ohnehin schon geringen Kontingents zugewiesen.

Der Frachtverkehr auf dem Land- und Wasserweg sinkt mit der Verschlechterung der Beschäftigungsverhältnisse. Wir geben hier die Zahlen für Düsseldorf wieder. Sie umfassen die letzten drei Monate vor der Besetzung und die ersten drei Monate während der Besetzung:

Schiffsgüterumschlag:		Zahl d. bewegten Eisenbahnwagen:	
Dezember 1920	58 827 Tonnen	7867	Wagen
Januar 1921	74 156	8868	„
b)			
Februar 1921	50 810	9419	„
März 1921	28 641	7897	„
April 1921	36 951	4908	„
Mai 1921	25 735	3718	„

Hieraus ist zu ersehen, daß der Verkehr ganz erheblich zurückgegangen ist. Selbstverständlich sind dadurch auch Arbeiter drolos geworden. Für die gleichen Monate der Vorjahre ergeben sich folgende Ziffernbelege:

Schiffsgüterumschlag:			Eisenbahnwagen:		
1919	1920	1921	1919	1920	1921
T.	T.	T.	W.	W.	W.
März	59 161	50 185	28 841	8392	9139
April	55 169	50 968	36 951	4987	9168
Mai	67 442	54 873	25 738	7652	8467

Diese Ziffern sind eine drastische Illustration zu den fürchterlichen, das gesamte Wirtschaftsleben der Rheinlande abbrottelnden Wirkungen der Sanktionen. Dabei ist das hier vorgebrachte Material nur ein kleiner Abschnitt aus der Summe der Gesamtschäden.

Es wird höchste Zeit, daß die sogenannten Sanktionen, für die seit der Annahme des Ultimatums durch Deutschland nicht einmal ein Vorwand mehr besteht, verschwinden. Sie müssen aufgehoben werden, weil sie den Friedensvertrag verlegen, weil sie die rheinische Industrie ruinieren, weil sie das Arbeitslosenelement vergrößern, weil sie ein Loch im Westen für französische Luxusgüter geschaffen haben, weil sie die Erfüllung der Reparationsleistungen durch Deutschland gefährden und überhaupt, weil sie die schreiendsten und empörendsten Schikanen sind, die je gegen ein Volk angewendet worden sind.

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 23. Juli 1921.					
Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrtzeit Tage Std.
D.		Hjelm	Rasmussen	Kopenhagen	1
Angelommen am 24. Juli 1921.					
D.		Westfluten	Larsson	Gothenburg	1
D.		Eppes	Davidson	Hadersleben	1
E.		Nordstern	Jürgensen	Katzenow	1
D.		Ingeborg	Olsen	Kjöbenhavn	2
D.		Frohne	Schmidt	Frankfurt	6
D.		Direktor Wörf	Höfel	Ogelsund	6
D.		M. U. 6	Gemmit	Ogelsund	6
D.		Gauthiod	Karlsson	Stockholm	2
D.		Seimbahl	Awardson	Randers	1
D.		Violet	Seedorf	Hallandborg	1
D.		Trane	Udemar	Hamburg	10
E.		Maria			
E.		Ratharlane	Stref	Odense	1
E.		Cyflo	Diehl	Odense	2
E.		Sorei	Jensen	Fredrikshamn	8
Angelommen am 25. Juli 1921.					
E.		Regina	Foed	Ort a. Fehmarn	2

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Internationale Friedrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Handarbeiten-Wettbewerb

September 1921 im St.-Annen-Museum

Ausstellung schöner Handarbeiten, künstlerischer Entwürfe und alter Handarbeiten aus Privatbesitz — während der Nordischen Woche

Das Preisgericht setzt sich wie folgt zusammen:

Frau Lily Diekmann	Frau Bert. Küstermann
Frau Ilse Frank	Frau Ina Mahn
Herr Karl Gröning	Herr Dr. E. S. Heise
Herr Dir. M. Kaufmann (Holstenhaus)	

Einlieferungs-Termin vom 15. bis 20. August

Bedingungen im Holstenhaus an den Kassen, im St.-Annen-Museum und in der Geschäftsstelle der Ortsgruppe Lübeck des Verbandes für deutsche Frauenkleidung und Frauenkultur, Königstraße 19

Ortsgruppe Lübeck des Verbandes für
deutsche Frauenkleidung und Frauenkultur
Holstenhaus • Lübeck

Der Streit der Friseur u. Friseurinnen dauert fort!

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Angehörige der freien Berufe und alle, die ihr gewerkschaftlich organisiert seid:

Lebt Solidarität! Meidet die Geschäfte, die Streikbrecher beschäftigen! Besucht die fliegenden Rasierstuben!



Freier Wassersport-Verein Lübeck

Am Montag, dem 25. Juli: **General-Versammlung**
Ergeben sämtlicher Mitglieder ist dringend erforderlich. (454) Der Vorstand.

Verband der Maler.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, d. 26. Juli

abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung: **Gründung einer Unterabteilung für Arbeit und Arbeitslosigkeit.**

Reifliche Beteiligung der Kollegen erwartet. (451) Der Vorstand.

Haubare Holzträger

Gerrenwiese

Aug. Janensch

Sandstraße 6.

Betriebsräte-Zentrale
A. B. G. B.-AFA. Lübeck.

General-Versammlung

aller Betriebsräte u. Betriebsobleute (Baubelegierte) am Dienstag, 26. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße.

Tagesordnung: 1. Die Gewerkschaftsfrage und die 10 Punkte der A.B.G.B. 2. Erledigung von Anträgen.

Das Erscheinen aller im § 1 der Satzungen der Lübecker Betriebsrätezentrale genannten Vertretungen ist unbedingt erforderlich. **Verbandsbuch und Ausweis müssen vorzulegen werden. Ohne diese hat niemand Zutritt. Sammelkarte nicht vergessen.** Auf Grund des Beschlusses der G.-V. vom 20. d. M. bleiben die Jahrestribünen geschlossen. (4481) Die Betriebsrätezentrale.

Les den

Lübecker Volksboten

und werbt unablässig für ihn.

Torf-Versteigerung.

Morgen Dienstag, den 26. Juli, abends 11 Uhr, werde in einer Prozeßsache, für Rechnung der **2 Waggon Torf** öffentlich meistbietend versteigert. (4476) Besichtigung 2 Stunden vorher.

R. Bruhn, öffentlich angelegter und beauftragter Versteigerer und Sachverständiger. Kontor: Johannisstraße 26. Telefon 577.

Waldorhus Hienong-Essen

4476

Zentralhallen
Morgen Dienstag:
Gr. Tanzkränzchen.

Kolosseum.

Vorletztes Garten-Konzert

am Dienstag, 26. Juli:

mit Leitung d. Herrn Kapellmstr. Rob. Sulanke, Mitwirkende: Fräulein Friedhoff (Jugendl. dram. Sängerin v. Lüb.-Stadttheater) und Herrn Edgar Pauli (Gänsetheater).

Karten sind bei Herrn Ernst Robert, Breite Straße 29, und im Kolosseum zu haben. Eintrittspreis: Einzelne Karte Mk. 2.—, auschl. Steuer. Anfang 7 1/2 Uhr. (4489)

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, d. 26. Juli, abds. 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1921. 2. **Die Erwerbslosenfrage.** 3. Bericht vom Ortsausschuss. 4. Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung sind die erwerbslosen Mitglieder besonders eingeladen. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht. Die Ortsverwaltung. (4482)

Rechnungs-Formulare

verlegt, empf. an: **Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.**

Stadthallen-Lichtspiele.
Vom 22.—28. Juli 1921.

Die Sensation für Lübeck.

2 große Schlager „Hamlet“

Drama in 1 Vorspiel und 6 Akten.

Nach dem von Professor Vining aufgefundenen Hamletstüch mit

Asta Nielsen

(als Prinz Hamlet) Lilli Jacobsen E. v. Winterstein Heinz Stieda (4446) Haas Junkermann.

„Mann über Bord“

Drama in 4 Akten mit Alfred Abel Erich Kaiser-Titz Grit Hegesa.

„Der Zauberer.“

Lustspiel in 1 Akt.

Aufführungszeiten der Nachmittagsvorst. von 4-7 Uhr, der Abendvorst. von 7-10 Uhr.

Auf unser großes Orchester wird besonders hingewiesen. (4453)

Mieterversammlungsverein
e. V. :: Lübeck.

Bezirk Hohenfor-Nord. Sprechstunde: Schwartauer Allee 17 b, Montags 5.—7 Uhr, Freitags 7.—9 Uhr.

Versammlung sämtlicher Mieter

Mittwoch, 27. Juli 1921 abends 8 Uhr.

im Saale „Friedrichshof“, Schipartauer Allee.

Vortrag: Rettet, helft aus Wohnungsnot u. Wohnungslosigkeit vom Sekretär Herrn Reichard Mauermann. (4485)

Hansa-Theater
Heute Montag u. morgen Dienstag:

Wenn Männer schwindeln ... !

Schwank-Operette in 3 Akten v. Walter Goege.

Mittwoch

Des großen Erfolges wegen nochmaliges Gastspiel des berühmten russischen (4458)

Balalaika-Orchesters

und der weltberühmten russischen Solotänzerin Iwan Orlik und Michail Orloff sowie der russischen Solotänzerinnen Helena Sokolskaja und Olga Lolina. (4458)

Stadttheater Lübeck.
Anf. 7 1/2, Dienstag, 26. Juli: Jar und Zimmermann. Anf. 7 1/2, Mittwoch, 27. Juli: Die Seele schwinget hoch.

Freistaat Lübeck.

Montag, 25. Juli.

Achtung, Betriebsräte, Betriebsobleute, Baudelegierte Lübeck! Am Dienstag, dem 26. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr findet im Gewerkschafts-Haus die Generalversammlung aller W. A. D. und der außerdem im § 1 der Satzungen benannten Vertretungen der Lübecker Arbeiterschaft statt. Zur Beratung steht die Gewerkschaftsfrage und die Erledigung wichtiger Anträge. Es ist Pflicht aller in dieser Versammlung zu erscheinen. Keiner darf sich durch die bedauerlichen Vorkommnisse der letzten Versammlungen von dem Besuch der Versammlung abhalten lassen. Es sind alle Vorkommnisse zu erörtern, um derartige unliebsame Erscheinungen für die Zukunft zu verhindern. Zutritt zur Versammlung haben diejenigen, die sich durch ihr Verhaltensbuch und Ausweis legitimieren. Die Tribünen bleiben auf Grund des Beschlusses der letzten G. A. W. geschlossen.

Die hohen Löhne und die Warenpreise.

Das Märchen, daß die angeblich so hohen Löhne an den Preissteigerungen schuld sind, wird in weiten Kreisen immer noch geglaubt, und die bürgerliche Presse benützt jede Gelegenheit, um diesen Aberglauben zu erhalten. Jetzt wendet sich Ludwig Wimmer im „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ gegen diese Fälschung. Die Kritiker seien, schreibt er, über die tatsächliche Lohnhöhe meist falsch unterrichtet. Wenn Lohnsteigernde das Märchen glauben, so sei es immer noch verständlich, aber verwerflich sei es, wenn auch Unternehmer sich befehligen, diese Unwahrheit zu verbreiten. Vor allem sei in den Konsumtentkreisen völlig unbekannt, wie hoch in den einzelnen Fällen die Unternehmereinkünfte sind und wie stark das Produkt durch sie verteuert wird. Er führt als Gegenbeispiel eine Reihe von Beispielen aus den Arbeiterkategorien an, die direkt mit der Kundenschaft zu tun haben, wie Infanterieregiment usw. Als Beispiel für das Verhältnis zwischen dem Lohn und dem Aufschlag des Unternehmers hebt er a. B. hervor, daß in einer Rechnung, in der ein Tarifkundenlohn für einen Monteur von 5,50 M. in Anrechnung kam, ein Unternehmereaufschlag auf diesen Stundenlohn von 4,50 M. oder 81,1 Prozent genommen worden ist. Wimmer schreibt zum Schluß:

„Was wir aber verlangen, das ist, daß der Unternehmer auch selbst soviel Mut aufbringt, seinen Bedarf gegenüber der Kundenschaft und somit gegenüber der Öffentlichkeit zu verteidigen, wie auch die Arbeiterschaft ihr Recht zum Leben verteidigt und verteidigen muß. Gegen was wir uns wenden müssen und zu wenden berechtigt sind, das ist, daß Unternehmer ganzer Industrie und Gewerbe unter dem stillen Vorwand der „hohen“ Löhne das Publikum und die Öffentlichkeit gegen die Arbeiterschaft aufregt, eher den eigenen höheren Bedarf davor herstellt, unter Ausnutzung der hohen Löhne. Die Unternehmer sollten den Mut aufbringen, neben der Angabe des den Arbeitern tatsächlich gezahlten Lohnes auch den eigenen Bedarf in Rechnung zu stellen.“

Dieses von Wimmer angeführte Beispiel ließe sich endlos vermehren. Es zeigt, daß es von der bürgerlichen Presse, die das Verhältnis zwischen Lohn- und Unternehmereinkünften natürlich genau kennt, bewußter Schwundel ist, wenn sie das Märchen von der verteuerten Wirkung der Löhne verbreitet. Und es ist kaum zu erwarten, daß dieses Urteil eines christlichen Gewerkschaftlers den bürgerlichen Blättern maßgebend sein und sie zu einem anderen Benehmen veranlassen wird, denn sie erkliden eine ihrer vornehmsten Aufgaben ja auch darin, die Konsumtentkreise gegen die Arbeiter aufzuheizen. Dennoch bleibt dieses Urteil Wimmers wertvoll gegenüber dem Geschrei der Unternehmer nach Lohnabbau.

So wird einzelne Unternehmer die Ware verteuern und den Preisabbau verhindern, so machen es vor allem auch die Parafirmen und die Industriekonzerne. Vom Lübecker Vorsitzenden des Reichsverbandes für Herren- und

Rnanenkleider wird uns die neueste Pressekorespondenz überliefert, aus der die skrupellose Art zu ersehen ist, mit der die Interessentverbände die Preise künstlich hochhalten. Es heißt da:

Bis jetzt ist das Problem des Preisabbaus noch nicht gelöst. Die erste Notwendigkeit zur Lösung des Problems ist ganz zweifellos die, daß man allen künstlichen Widerständen, die einem Preisabbau entgegenstehen und diesen zu hintertreiben suchen, energisch zu Leibe räumt. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen hier die sogenannten Preiskonventionen, Interessentverbände der Industrie oder des Großhandels, die es ihren Mitgliedern unter Verwirkung einer hohen Konventionalstrafe verbieten, die in Preisveränderungen festgesetzten Preise nachzulassen, selbst wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse, welche für die ursprüngliche Preisvereinbarung bestimmend waren, sich vollständig geändert haben. Aus der großen Menge derartiger, volkswirtschaftlich ungemein schädlicher Fälle sei hier ein besonders schwerwiegendes herausgegriffen. Eine Herrenkleiderfabrik in Berlin nahm vor geraumer Zeit größere Aufträge zur späteren Lieferung entgegen, und zwar zu den damaligen Tagespreisen. Es gelang ihr aber insbesondere die Futterstoffe billiger als vorgesehen einzukaufen. Als reelles kaufmännisches Geschäft berücksichtigte dieses die Firma auch in ihrer Kalkulation und forderte bei Lieferung der Ware naturgemäß einen niedrigeren Preis als den ursprünglich vereinbarten. Durch eine Konkurrenzfirma wurde dieser konventionwidrige Preisnachschlag dem Verband der Konfektionsindustrie, welchem beide Firmen angehörten, mitgeteilt. Dieser hatte nichts Eiligeres zu tun, als die Firma, die, weil sie nicht wußte, gegen die Konventionbestimmungen des Verbandes verstoßen hat, vor das Verbands-Schiedsgericht zu laden, um zur Zahlung einer beträchtlichen Konventionalstrafe verurteilt zu werden. So fördert der Industrieverband den Preisabbau! — Es heißt zum Schluß, es sei wirklich angebracht, daß die Behörden regelnd in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen, um derartige schädliche Auswirkungen zu bekämpfen.

Ans ist es nichts Neues, was hier vorgetragen wird. Aber die ganze bürgerliche und Kapitalistenpresse fährt über die Sozialdemokraten her, wenn diese die Schiebungen der Unternehmereinkünften aufdecken und eine Regelung der Produktion fordern. Der heilige Kapitalismus soll ja nicht angefaßt werden. Und doch muß ihm Mores gelehrt werden, denn er erstickt lieber im Profit, als daß er vor selbst zur Erkenntnis seines volkschädigenden Tuns kommt.

Eine Abänderung des Wertzuwachssteuergesetzes

beantragt der Senat in folgendem Antrag an die Bürgerschaft: Wenn und insoweit der Veräußerer eines Grundstückes den erzielten Kaufpreis für den Neubau eines Wohnhauses oder zu einem eine Wohnungsvermehrung bewirkenden Umbau eines Hauses verwendet, können die Festsetzung und Erhebung der Wertzuwachssteuer bis zu dem Zeitpunkt hinausgeschoben werden, in dem der Veräußerer das neue oder umgebaute Haus veräußert. Bei der dann vorzunehmenden Berechnung der Wertzuwachssteuer ist der Anschaffungswert des zuerst veräußerten Grundstückes, zusätzlich der über diesen Anschaffungswert und den Wertzuwachs hinaus für den Neubau oder Umbau gemachten Aufwendungen, zugrunde zu legen. Die Dauer des Besitzes des Grundstückes des zweiten Grundstückes. Der Veräußerer hat auf den Aufschub der Festsetzung und Erhebung der Wertzuwachssteuer nur Anspruch, wenn der Neubau oder Umbau binnen sechs Monaten nach der Veräußerung begonnen und innerhalb eines Jahres nach dem Beginn vollendet wird. Die Fristen können auf Antrag von der Finanzbehörde verlängert werden. Der Veräußerer hat die für den Neubau oder Umbau gemachten Aufwendungen nachzuweisen. Die für die Revision des Wertzuwachssteuergesetzes bestimmte Frist wird bis zum 1. Juli 1922 verlängert.

Dem Bericht der Abteilung (der Finanzbehörde) für Steuerfragen, betreffend Änderung des Wertzuwachssteuergesetzes entnehmen wir u. a.: Infolge der Änderung des Einkommensteuergesetzes, die mit Wirkung vom 1. April 1920 in Kraft getreten ist, kann der vierte Nachtrag vom 12. Januar 1921 zum Wertzuwachssteuergesetz vom 4. Februar 1909 nicht aufrechterhalten werden. Es fragt sich, ob bei dieser Beschränkung der Heranziehung von Veräußerungsgewinnen zur Einkommensteuer eine Ausnahme hinsichtlich der Wertzuwachssteuer überhaupt noch ge-

rechtfertigt ist. Gehören Veräußerungsgewinne zum Gewerbetriebe des Steuerpflichtigen, so werden sie als solche von der Einkommensteuer nicht betroffen. Es liegt also kein Grund vor, sie nicht zur Wertzuwachssteuer heranzuziehen. Es bleiben dann nur noch Spekulationsgewinne aus einzelnen Veräußerungsgeschäften übrig, und diese zugleich zur Wertzuwachssteuer und zur Einkommensteuer heranzuziehen, dürfte keinem Bedenken unterliegen. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß in Hamburg und Bremen, wo besondere Wertzuwachssteuergesetze bestehen, Änderungen mit Rücksicht auf das Reichseinkommensteuergesetz nicht vorgenommen sind.

Bei diesem Ansatze schlägt die Abteilung zugleich vor, hinsichtlich der Handhabung des Wertzuwachssteuergesetzes eine Vorschrift zu erlassen, die ohne Schädigung der Staatsfinanzen eine Erleichterung der Bauattività und Einschränkung der Wohnungsnot herbeizuführen geeignet erscheint. In jüngster Zeit ist nämlich mehrfach der Wunsch von Hauseigentümern hervorgetreten, von der Wertzuwachssteuer befreit zu sein oder doch damit befreit zu werden für den Fall, daß der gewinnbringende Kaufpreis zum Neubau eines Wohnhauses oder zu einem eine Wohnungsvermehrung bewirkenden Umbau eines Gebäudes verwendet würde. Die betreffenden Personen haben dabei erklärt, daß sie einen Verkauf ihres Grundstückes und einen Neubau nur vornehmen würden, wenn sie Wertzuwachssteuer nicht zu bezahlen brauchten; andernfalls würden sie von dem ganzen Geschäft absehen. Die Abteilung hält diesen Wunsch für berechtigt und glaubt, daß seine Erfüllung dem allgemeinen Interesse entsprechen würde. Die Erhebung einer Wertzuwachssteuer hat zur Voraussetzung, daß der Veräußerer eines Grundstückes durch den Verkauf eine Steigerung seines nutzbaren Kapitals erreicht. Ist das nicht der Fall, wird der Gewinn vielmehr ganz oder zum großen Teil dazu verwendet, eine andere Wohnungsvermehrung zu schaffen, die für den Veräußerer nur eine Erleichterung seiner ganzen Lebenshaltung ermöglicht, so ist es nicht gerechtfertigt, eine hohe Wertzuwachssteuer von ihm zu erheben. Andererseits ist es in Anbetracht der herrschenden Wohnungsnot erwünscht, daß die Herstellung neuer Wohnungen auf alle Weise gefördert wird, zumal dadurch zugleich die Arbeitsgelegenheiten erweitert werden. Die Abteilung hält in Fällen solcher Art zwar nicht den Erlass der Wertzuwachssteuer, wohl aber eine Hinausschiebung der Festsetzung und Erhebung der Wertzuwachssteuer für angemessen und glaubt, daß eine solche Hinausschiebung der Wertzuwachssteuer für Bauzwecke gesichert sein, wofür bestimmte Fristen vorzuschreiben sind, und der Betrag der Aufwendung selbst muß nachgewiesen werden. Die Abteilung erachtet unter diesen Umständen den Aufschub der Festsetzung und Erhebung der Wertzuwachssteuer bis zu dem Zeitpunkt der Veräußerung des neu gebauten oder umgebauten Hauses für zweckmäßig. Zur Ermittlung des Wertzuwachs wird dann von dem Anschaffungswert des zuerst veräußerten Grundstückes auszugehen sein, dem freilich die über den Anschaffungswert und erzielten Wertzuwachs hinaus auf den Neubau oder Umbau gemachten Aufwendungen hinzuzurechnen sind. Als Besitzzeit müßte ferner auch die zwischen dem ersten und zweiten Verkauf liegende Zeit berücksichtigt werden. Dieses läßt sich am besten an einem Beispiele klar machen. Es veräußert jemand sein im Jahre 1918 für 50 000 M. erworbenes Grundstück im Jahre 1921 für 150 000 M. und verwendet diesen Kaufpreis sowie weitere 100 000 M. zu einem Neubau oder Umbau. Er veräußert sodann im Jahre 1925 das neu- oder umgebaute Haus für 200 000 M. Von dem Veräußerer wird in diesem Falle die Wertzuwachssteuer erst im Jahre 1925 erhoben. Bei Zugrundelegung des Anschaffungswertes von 50 000 M. beträgt der Unterschied der Verkaufspreise an sich 150 000 M., dem Anschaffungswert müssen aber die über diesen und dem zunächst erzielten Wertzuwachs von 100 000 M. weiter aufgewendeten 100 000 M. hinzugerechnet werden, so daß der steuerbare Wertzuwachs sich auf 80 000 M. stellen würde. Die für die Berechnung des Wertzuwachs maßgebende Besitzdauer würde sieben Jahre betragen. Es ist nicht zu verkennen, daß wenn die Wertzuwachssteuer beim ersten Verkauf für einen Wertzuwachs von 100 000 M. nach dreijähriger Besitzdauer erhoben worden wäre, der Staat besser gefahren wäre; überdies kann es vorkommen, daß a. B. beim Uebergange des zweiten Grundstückes auf die Nachbarnfolger des ursprünglichen Veräußerers von Todeswegen die Erhebung einer Wertzuwachssteuer in eine ferne Zukunft verschoben wird. Trotzdem hält die Abteilung ihren Vorschlag unter den obwaltenden außerordentlichen Verhältnissen für empfehlenswert, weil die sofortigen Vorteile der Aushebung der Wertzuwachssteuer die dem Staate durch ihre Nichterhebung vielleicht erwachsenden Nachteile überwiegen.

Gobbed.

Erzählung von H. de Valzac.

6. Fortsetzung
„Abgemacht — soweit keine Vorschläge zu zahlen sind.“
„Stimmt,“ entgegnete er. „Ich darf Sie also wohl in Ihrem Bureau aufsuchen?“ lezte der alte Mann hinzu, indem er sich bemühte, seinem Gesicht einen möglichst freundlichen Ausdruck zu geben.
„Es wird mir immer viel Vergnügen machen.“
„Schon gut. Nur wird es des Vormittags nicht so einfach sein. Sie haben Ihre Geschäfte und ich die meinigen.“
„Dann kommen Sie des Abends.“
„O nein,“ entgegnete er lebhaft. „Sie müssen in Gesellschaft gehen und Ihre Klienten aufsuchen. Ich habe ja auch meine Freunde im Cafe.“
„Warum sollten wir nicht die Essensstunde für unser Beisammensein bestimmen?“
„Das ist richtig,“ meinte Gobbed. „Also nach der Börse um fünf Uhr, jeden Mittwoch und Sonnabend. Wir werden wie ein paar Freunde von unfernen Geschäften sprechen. Ich kann auch manchmal sehr vergnügt sein. Geben Sie mir nur hin und wieder ein Reibhuhn und ein Glas Champagner, und wir werden uns prächtig unterhalten. Ich weiß mancherlei, wovon man heutzutage schon offen sprechen kann und woraus Sie die Menschen und besonders die Frauen kennen lernen werden.“
„Es bleibt also beim Reibhuhn und dem Glas Champagner!“
„Machen Sie auch sonst keine Tollheiten, sonst werden Sie mein Vertrauen verlieren. Richten Sie Ihr Haus und Leben auf keinen zu großartigen Fuß ein. Schaffen Sie sich eine alte Haushälterin an — eine allein — ich werde Sie von Zeit zu Zeit noch außerdem besuchen, um mich von Ihrem Gesundheitszustand zu überzeugen. Ich habe doch ein Kapital sozusagen auf Ihren Kopf gesetzt — haha — und da muß ich mich doch wohl hin und wieder vom Stande der Dinge unterrichten. Heute abend also kommen Sie, einstweilen mit Ihrem Chef zu mir.“
Als wir zusammen die Schwelle seines Zimmers erreichten, wandte ich mich noch einmal zu ihm:
„Würden Sie es für zuträglich halten,“ fragte ich, „wenn ich gern wissen möchte, inwiefern bei dieser ganzen Angelegenheit meinen Geburtstagspapieren irgend welche Wichtigkeit zukommt?“
Jean-Cheer van Gobbed zog die Schultern in die Höhe, lächelte verschämt und sagte:
„Wie unklug doch die Jugend ist. Erzählen Sie also Herr Adokat — Sie müssen wissen, daß vor dem Alter von dreißig Jahren die Ehrlichkeit und die Bezahlung eines Mannes eine Art

von Hypothek darstellt. Ist er einmal über dieses Alter hinaus, so kann man mit Bestimmtheit auf niemand mehr rechnen.“ Mit diesen Worten schloß er seine Tür.
Drei Monate später war ich Adokat. Bald darauf hatte ich das Glück, Frau Vicomtesse, mit mir den Angelegenheiten zu beschäftigen, die die Zurückberufung ihres Vermögens zum Ziele hatten. Durch den vorteilhaften Ausgang dieses Prozesses wurde ich bekannt. Trotz der außergewöhnlich hohen Zinsen, die ich Gobbed zu zahlen hatte, sah ich mich doch vor Ablauf von fünf Jahren aller Verpflichtungen frei. Dann heiratete ich Jenny Malvaut, die ich aufrichtig liebte. Eine gewisse harmonische Gleichheit in unserm Schicksal, in unserer mühevollen und arbeitsreichen Jugend und dem schließlich erfolgreichen Ergebnisse, erhöhte die Kraft und Dauerhaftigkeit unserer beiderseitigen Empfindungen. Einer ihrer Onkel, ein reichgewordener Bäcker, hatte ihn bei seinem Tode hunderttausend Franken zurückgelassen, vermittelt durch die meine Schulden noch eher begleichen konnte. Seit jenem Tage ist mein Leben nichts als Glück, Gelächern und Erfolg gewesen.
Sprechen wir aber nicht weiter von mir. Nichts ist unerträglicher als ein Mensch, der Glück hat.
Kommen wir auf die anderen Gestalten unserer Geschichte zurück.
Ein Jahr, nachdem ich meine Praxis gekauft hatte, wurde ich eines Tages, eigentlich wider Willen, zu einem Junggesellenfrühstück eingeladen. Dies festliche Mahl gehörte zum Ausrüst einer Weite, die einer meiner Kollegen gegen einen jungen Mann verloren hatte, der damals in der elegantesten Welt sehr „en vogue“ war. Graf Trailles — die Blüte des Dandynismus jener Epoche — erfreute sich eines geradezu ungeheuerlichen Rufes.
„Den hat er ja noch immer,“ meinte Graf de Born, indem er den Adokaten lächelnd unterbrach. „Niemand versteht einen Anzug besser zu tragen — niemand ein Tandem besser zu fahren, als er. Maxime hat ein angeborenes Talent, mit mehr Grazie als sonst wohl irgend jemand in der Welt zu spielen, zu essen und zu trinken. Er versteht sich auf Pferde, Hüte und Bilder. Die Frauen sind rein toll nach ihm. Er veraußgibt jährlich ungefähre hunderttausend Franken, ohne daß irgend jemand ihn im Besitz irgend welcher Güter noch eines einzigen Rentenpupans wälzte. Er ist das Prototyp des fahrenden Ritters, unserer Salons, unserer Boudoirs, unserer Boulevards — eine Art Amphibium, das ebensoviel vom Mann wie von der Frau an sich hat. Graf Maxime de Trailles ist ein seltsames Einzelwesen. Zu allem gut und zu nichts zu brauchen, gesichert und gleichzeitig nicht für voll erachtet. Ein Mann, der alles kennt und doch nichts weiß, der ebenso fähig ist, eine edle Wohlthat zu begehren, wie ein Verbrecher ins Werk zu setzen, zuweilen vornehm, zuweilen gemein, aber mit Schmutz bedeckt, als mit Blut bedeckt, mehr mit

Sorgen und Verger bedrückt als von Neue geplagt, mehr daran gewöhnt, die Dinge in annehmbarer Form zu einem Abschluß zu bringen, als eigentlich tiefer über sie nachzudenken; ein Mann, der Liebe und Lebensfähigkeit vorgibt und im Grunde genommen nichts empfindet.“
„Ganz recht, ganz recht“, bestätigte Derville, nachdem er dem Bruder der Vicomtesse aufmerksam zugehört hatte. „Ich hatte auch damals schon viel von dieser Persönlichkeit sprechen hören und zwar vom alten Vater Giorat, einem meiner Klienten. Aber ich war bereits mehrfach der gefahrbringenden Ehre seiner Bekanntschaft aus dem Wege gegangen, bis ich ihn schließlich in dieser Frühstücksgesellschaft antraf. Mein Kollege hatte mich so dringend gebeten, an der kleinen Festlichkeit teilzunehmen, daß ich mich nicht gut ausschließen konnte, ohne den Anschein einer geizigen Impertinenz zu erwecken.“
„Ich glaube, Frau Gräfin, Sie können sich ein Jungesellensfrühstück nicht so recht vorstellen. Das ist eine Pracht der ausgefeiltesten Seltenheiten, der Luxus des Geizhalses, der aus Eitelkeit für die Zeitdauer eines Tages zum Schwärmer wird. Hier treibt das Leben absonderlich duftige Blüten. Zwei Stunden später macht Ihnen alles das den Einbruch eines Schlafstübes nach dem Kampf. Überall liegen zerbrochene Gläser umher, zusammengeknüllte zerfütterte Servietten, eine Anzahl beiseite gestellter Speisereste und Schüsseln, die abstoßend anzusehen sind. Dann kommt Geschrei und Gerufe, daß einem der Kopf platzen möchte, lustige Laute, ein Raketenfeuer von schweren Epigrammen und schlechten Witz, dunkelgerötete Gesichter, glühende, gläserne Augen, die nichts mehr zu sagen vermögen und unbeabsichtigte Vertraulichkeiten, die alles verraten. Inmitten eines geradezu infernalisches Lärms beschäftigen sich die einen damit, Flüsschen zu zertrümmern, die anderen klingen einen Gesang an, man wirft sich Herausforderungen an den Kopf, man umarmt sich oder man prügelt sich.“
Inmitten eines solchen Höllenlärms war es, da Graf Trailles sich mir vor der lebenswürdigsten Seite zu zeigen versuchte. Es war mir gelungen, meine Sinne tunsicht beieinander zu halten, und ich sah mich daher nach Möglichkeit vor. Was ihn betraf, so war er, wennschon er in anständigen Grenzen befaßt zu sein vorgab, doch vollkommen bei kaltem Blute und dachte nur an seine Angelegenheiten. Wie es eigentlich kam, ich weiß es nicht — gegen neun Uhr abends aber, als wir die Salons Grignonons verließen, hatte er mich vollkommen in seinen Bann gezogen und bezeugt, und ich verpackt ihn, ihn am folgenden Vormittag bei Papa Gobbed einzuführen. Worte wie: Ehre, Tugend, Gräfin, anständige Frau, angebetete Frau, Unglück, Verzweiflung waren, wie durch eine seltsame Magie, dank der Geschäftlichkeit seiner autunlichen Redeweise hier und da im Verlaufe des Gesprächs aufgetaucht.

Ergebnis der Delegiertenwahl im Metallarbeiterverband. Abgegeben wurden 1954 Stimmen. Davon entfielen auf die Liste A. (Dreger) 1441 Stimmen; auf die Liste B. (Koh) 513 Stimmen. Durch diese Wahl haben die Metallarbeiter sich mit Übergroßer Mehrheit gegen die kommunistische Richtung erklärt.

Der Lübecker Handwerkerbund und der Streik der Feilsehelfen. Der Lübecker Handwerkerbund nahm in seiner am Freitag abgehaltenen Vertreterversammlung u. a. Stellung zum Streik der Babiers und Feilsehelfen. In dem Bericht der „Lüb. Anzeigen“ über diese Tagung heißt es: Die Vertreterversammlung war sich darin einig, den Mitgliedern des Handwerkerbundes zu empfehlen, alle Lokale in denen stehende Rasterstuben eingerichtet worden sind, wie natürlich auch diese selbst streng zu meiden. — Diesen Boykott, der in seiner Wirkung wohl kaum zu spüren sein wird, werden die in Betracht kommenden Wirte zu tragen wissen.

Stadthallen-Spieltheater. In einem großangelegten Film wird zur Zeit die alte Hamlet'sage in neuer Fassung vorgeführt. Diese neue Fassung ist aber nicht etwa das geistige Produkt eines Filmmenschen. Vor nicht allzu langer Zeit haben die Forschungen eines nordischen Gelehrten diese neue Erklärung für die rätselhafte Hamlet'sage gutgeheißen. Des Rätsels Lösung ist sehr einfach. Hamlet ist gar kein Prinz, sondern eine Prinzessin. Ein ungeheures Geheimnis zwingt ihn, Mann zu scheinen. Das unglückliche und rachebürtige Herz des Weibes aber verleitet ihn zu Taten, die bis auf den heutigen Tag mit dem Schleyer der Unertelbarkeit umgeben sind. Lisa Nielsen spielt die Titelrolle.

Städtisches Theater. Da der Erfolg des Gastspiels des russischen Balalaika-Orchesters am letzten Sonnabend insbesondere auch des russischen Solotänzers Jwan Orlik außerordentlich groß war, ist es der Direktion unter großen Opfern gelungen, diese weltberühmte Gesellschaft zu einem nochmaligen Gastspiel zu gewinnen, welches am Mittwoch, dem 27. Juli, abends 8 Uhr, stattfindet. — Heute Montag wird die Schwank-Operette „Wenn Männer schwindeln“ wiederholt.

Wassermenge. Wassermenge am 25. Juli morgens 6 Uhr 19°, mittags 12 Uhr 19° Celsius.

Travemünde. Das Fährschiff Travemünde-Privat verlegte Sonntagvormittag kurz nach der Abfahrt vom Privat. Die Passagiere mußten durch ein Benzinboot übernommen werden. Am Abend war die Fähr noch nicht wieder im Betrieb.

Angrenzende Gebiete.

X. Schwarzau. Nationalistische Parantänze veranstalteten am vergangenen Freitag in der Waldhalle eine Anzahl deutschnationaler Ueberpatrioten. Dort wurde ein sogenannter Dunter Abend abgehalten, bei dem der als deutschnationale Kreatur bekannte Clown Dreger aus Hamburg einige ebenso monarchistische wie geistlose Späße gegen die republikanische Regierung vortrug. Der Refrain endete nach der Melodie des zum Monarchistensied gewordenen früheren Oppositionskieder „Deutschland, Deutschland über alles“. Verschiedene dicke Bäuche bewegten sich bei diesem Refrain mit höflichem Begehren auf und ab, und schließlich wurden sie in ihrer ganzen Größe so patriotisch, daß sie eine gewisse Arbeit auf sich nahmen und sich schuldig und demonstrierend von den Stühlen erhoben. Da diesem Beispiel nur ein Teil des übrigen Publikums folgte, kam es zu Auseinandersetzungen, im Verlauf deren das genannte Lied angesungen und auch von der Musik verlangt wurde. Nach anfänglichem Schwanken wollte der Kapellmeister auch und gab das Zeichen zum Anfang. Da verließen die Musiker das Podium und gingen nach Hause — es war kaum zehn Uhr. Nur der Kapellmeister selbst strich mit Wucht und Begeisterung seine Geige, und gemäppte Kriegstriebe kummten im Schweiß ihres Angesichts mit. Da aber diese Herren längere Anstrengungen auf Grand ihrer behaglichen Lebensweise nicht gewachsen sind, so trat nach kurzer Zeit ein allgemeiner Kassenjammer ein. Ohne Musik verdrat lo ein schwarz-weiß-roter Sauch nur schlecht. Man fuhr ab mit der nächsten Straßenbahn nach Hause oder kummelte anderswo weiter. Der Wirt aber hatte die Leitung für die unglaubliche Herausforderung des „großen“

Als ich am folgenden Morgen erwachte und mich dessen zu erinnern versuchte, was ich am Abend vorher angestellt hatte, kostete es mich viel Mühe, meine Gedanken in Zusammenhang zu bringen. Schließlich gelangte ich zu folgendem Schlusse: Scheinbar war die Tochter eines meiner Klienten in Gefahr, ihren guten Ruf, die Werthschätzung und Liebe ihres Gatten zu verlieren, falls sie nicht im Verlaufe des Vormittags in den Besitz von ungefähr fünfzigtausend Franken gelangte. Es handelte sich um Spielschulden, um Rechnungen eines Lohnempfängers und um Geld, das — wobei, weiß ich nicht — verloren gegangen war; kurz und gut, es war verloren. Mein zauberhafter Uhnachbar hatte mir versichert, daß sie reich genug war, um mir einigen Jahren der Sparlichkeit die ihrem Vermögen geschlagene Breche wieder ausfüllen zu können. Erst jetzt begann ich die dringliche Bitte meines Kollegen zu begreifen. Zu meiner Schande mußte ich gestehen, daß ich von der Wichtigkeit keine Ahnung hatte, die für Papa Gobler in einem Zusammentreffen mit diesem Dands lag.

Ja dem Augenblick, wo ich mich erhob, trat Trailles ein. „Herr Graf“, sagte ich, nachdem wir die üblichen Komplimente ausgetauscht hatten. „Ich begehre nicht, inzwischen Sie meiner bedürfen, um sich bei den Gobler einzuführen. Er ist herhöchliche Liebesherrliche aller Kapitalisten. Er wird Ihnen höchlich Geld geben, wenn er welches zur Verfügung hat — oder besser gesagt, wenn Sie ihm die genügenden Garantien bieten können.“

„Mein verehrter Herr“, entgegnete er mir, „ich denke nicht im entferntesten daran, Sie dazu zwingen zu wollen, mir eine Gewährleistung zu erweisen — selbst wenn Sie mir eine solche versprechen haben sollten.“

„Lod und Littel“, sagte ich mir, „hätte ich diesem Menschen den Stutzen bedürfen, daß ich gewohnt bin, mein Wort nicht zu halten.“

„Ich hatte schon gestern Gelegenheit, Ihnen zu erwähnen“, fuhr er fort, „daß ich mich leider zu recht ungeschickter Zeit mit Papa Gobler überworfen habe. Da es aber in Paris außer ihm niemand gibt, der im Handumdrehen und am Tage nach Konstantinopel imstande ist, ohne weiteres hunderttausend Franken auszusparen, so habe ich Sie ersucht, zwischen ihm und mir den Friedensvermittler zu werden. Sprechen wir aber nicht mehr davon, wenn es Ihnen lieber ist.“

„Graf Trailles lag mich mit einem Blick an, in dem eine gefährliche Art der Verleumdung lag, und machte sich daran, sich zu verabschieden.“

(Fortsetzung folgt.)

Publikums. Vielleicht wird er in Zukunft Leute von der Tendenz eines Dreger nicht mehr auftreten lassen. Ober will die Waldhalle wirklich den Schieberhellen Konkurrenz machen? Es könnte ihm teuer zu stehen kommen. Die Schwartzauer Arbeitererschaft war nicht vertreten, da sie bei einem Schulfest versammelt war, sonst wäre den Herrschaften, die vom Schweiß der Arbeitenden sich vergnügte Lage machen, das Spiel noch mehr verdorben worden. Erfreulich an dem ganzen Vorfall war das Verhalten der Musiker. Solche Geschwinnle rufen dem Spießbürger immer wieder die Tatsache ins Gedächtnis zurück, daß er in allem, was sein Herz erregt, von dem Patriotismus abhängig ist.

Hamburg. Folgende schwere Verwechslung. Eine in Einsbüttel wohnende Frau kaufte größere Mengen Himbeeren und anderes Obst, um es einzuwedeln. Zu diesem Zweck erstand sie in einer Droghandlung Salisyl und gleichzeitig für den Küchengebrauch Borax. Beim Einweichen verwechselte sie diese beiden Substanzen und verarbeitete sie mit dem Borax ihre eingemachten Früchte. Aus Mangel darüber schüttete sie den ganzen Inhalt der Weckgläser aus dem Fenster, unter dem sich ein Hühnerhof befand. Die Injassen des Hühnerhofes stürzten sich auf diese unverhofften Delikatessen und freierten infolge Vergiftung. Der Besitzer des Hühnerhofes hat aus diesem Grunde Strafantrag gestellt; das Strafverfahren ist eingeleitet. — Eine Textil-Mustermesse findet vom 17. bis 19. August statt. Vom 30. September bis 3. Oktober wird eine Engras- und Export-Wäbelmesse stattfinden. Es soll hier in einem Gesamtbilde vornehmlich die hohe Leistungsfähigkeit der nordwestdeutschen Möbelindustrie vor Augen geführt werden.

Hamburg. Eine gegenrepublikanische Flaggendemonstration soll hier am 29. und 30. Juli veranstaltet werden. Man beachtete auch, auf öffentlichen Gebäuden und vor allem auf dem Rathaus den schwarz-weiß-roten Lappen zu hängen. Gegen den aufsteigenden Plan der Deutschen Nationalen forderten einzelne Parteimitglieder vom Parteivorstand, seinen Einfluß bei der Behörde geltend zu machen, daß die Demonstration unterbleibt. Daraufhin erklärte der Parteivorstand, er lehne es ab, für ein Verbot von Demonstrationen, gleich welcher Art, einzutreten. Es ist die einstimmige Auffassung des Parteivorstandes, daß in einer freien Republik keine Art der Meinungsäußerung verboten werden soll und darf. Die Sozialdemokratie hat immer in diesem Sinne gewirkt und gekämpft und wird als Partei auch nie anders wirken. Nur Verbote gemeiner Ausschreitungen, die mit Gemeinheit die Republik in ihrer Existenz treffen wollen, wird die Sozialdemokratie billigen. Der Bürgerbund werde sich mit seiner schwarz-weiß-roten Flaggentragung gegen die Farben der Republik als ein Teil von jener Partei erweisen, die das Böse will und das Gute schafft. Schon erscheinen schwarz-rot-gold taufendfach als Schleiße und Band auf der Straße, schon wehen immer neue hunderte schwarz-rot-goldener Flaggen in den Schrebergärten des werktätigen Volkes. Dies können, müssen sich schwarz-rot-goldene Flaggen bejahen und an gegebenen Tagen von den Fenstern und von den Dächern wehen lassen. Dem Bürgerbund und seinen Drahtziehern wird Hamburgs republikanische Bevölkerung die richtige Antwort nicht schuldig bleiben. Aber keine Demonstration verbieten, das wäre nicht nur gegen unsere Grundgesetze, sondern das wäre vor allem auch zu viel der Beachtung. — Am 31. Juli findet in Hamburg eine große Friedensdemonstration und Kundgebung für die Republik statt. An ihr nehmen teil: Deutsche Demokratische Partei, Sozialdemokratische Partei, Unabhängige Partei, Ufa, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutsche Friedensgesellschaft, Internationale Frauengruppe, Arbeiter-Jugend Groß-Hamburg, Bauphilosophische Studentengruppe, Bund freigeistiger Studenten, Reichsbund der Kriegsheilbedürftigen und der Friedensbund der Kriegsteilnehmer.

Kiel. Errichtung einer Kuschelwerks. Die Fried. Krupp Aktiengesellschaft Germaniawerk Kiel beabsichtigt die Errichtung einer Kuschelwerks, zunächst für die Beteiligung der Firma Krupp an den Kuschelwerkbauwerken auf Grund des Friedensvertrages mit dem Ziel, ein dauerndes Unternehmen auf dem Gebiet des Kuschelwerkbauwerkes zu entwickeln. Das Handels- und Industriekanzlei hat sich bemüht, das geplante Unternehmen für Kiel heranzustellen. Es ist gelungen, ein geeignetes Gelände in der Karolinenstraße zu finden, die auf der Südseite des Nordostkanals zwischen Prinz-Heinrich-Brüde und der Lenensauer Hochbrücke gelegen ist. Die Firma beabsichtigt zunächst etwa vier Millionen Mark in die Werftanlage zu investieren und dort zunächst 200–300 Arbeiter zu beschäftigen. Voraussetzung für die Wahl des Geländes — und damit für die Niederlassung in Kiel — ist die Schaffung der Verkehrsverbindung für die Anlage. Die Stadtkollegen haben die Kosten für Straßenausbau, Weisanlagen u. s. w. bewilligt.

Neumünster. Baukostenzuschuß der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Durch eine großzügige Unterstützung der Industrie in Neumünster i. H. war es möglich, im April d. J. mit dem Bau von 212 Kleinwohnungen sofort zu beginnen. Rüstlich mit dem 1. August werden, wie vorgeesehen, die Häuser schlüsselfertig sein. Infolge der hohen Kosten, und weil die staatlichen Uebertragungszuschüsse nicht in erwünschter Höhe herein gekommen sind, war es leider nicht möglich, in den Wohnungen Gesandlagen einzurichten. Dilemmanlage haben die im Gewerkschaftsrat vereinigte Vertreter der organisierten Arbeiter durch den Beschluß abgeholten, daß sie sich bereit erklärten, in den ersten vier Wochen des Monats Juli jede Woche einen vollen Stundenlohn zur Verfügung zu stellen und den Beitrag dem Magistrat a. fonds perdu überwiesen. Dilemmanlage Beispiel sind die Beamten- und Angestelltenorganisationen gefolgt und dadurch die erforderlichen Kosten im Betrage von 343 000 Mark ohne weiteres gesichert. Ein nachahmenswerter Vorgang!

St. Petersburg. Ein gewaltiger Moorbrand hat seit mehreren Tagen die hiesige Gegend in Rauch gefüllt. Das südlich bei Haienmoor und Weiße belegene Königsmoor steht in Brand. Zahlreiche Torfsümpfe von Tausenden von Kubikmetern Inhalt sind von Feuer ergriffen und vernichtet worden. Der Schaden wird bisher auf mehr als 1 Millionen Mark geschätzt. Besonders betroffen ist die „Brenntorf-gesellschaft“, an der in erster Linie die Stadt Neumünster beteiligt ist, kann aber auch Einwohner aus den Gemeinden Bimöhlen, Beamstedt, Haienmoor, Hartenholm u. a. die hier auf dem fasslichen Moor Torf gewinnen. Die Feuerwehren sämtlicher Dörfer der Umgegend, einschließlich der Sees, die man mehr auch die angrenzenden Segberger Forsten gefährdet sind.

Schleswig. Ungeheure Moorbrände sind im hiesigen Bezirk ausgebrochen, mehrere Quadrat Kilometer Moore zwischen Breitenborn und Bokelund sind ausgebrannt. Der Feuerherd droht sich auch auf das Jütter- und Wehrtmoor auszudehnen. Südlich von Schleswig brennt das Kroppeermoos, und bedrohte die Ortshaus Krapp. Zum Teil brannten auch Getreidefelder.

St. Petersburg. Ein Heidebrand ist in der Schwemmlager Heide ausgebrochen. Bei Antrum sind Roggenfelder verbrannt. Auch das Weiße Moor, das erst während des Krieges in Kultur genommen wurde, brennt brandweis. Der Torfsümpfen brennt bis zu drei Meter Tiefe. Ueber Heide und Buchholz kriecht die Glut nach Süden weiter in die Stapelholmer Moorogebend. Man sucht an vielen Stellen das Feuer abzuwehren, was aber bei der ungelungen Anstehung der Brandherde wenig Erfolg hat, weshalb man sich in der Hauptsache darauf beschränkt, die in den Moorgründen liegenden Dörfer und Ställe zu schützen. Der bisherige Brandschaden ist unübersehbar, da von allen Seiten neue Feuer- und Heidebrände gemeldet werden.

Schwerin. Landfriedensbruchprozess gegen Landarbeiter in Sicht. Landarbeiter aus Stowe und Umgegend wandten sich beschwerend an den Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins in Wismar und an die Redaktion unseres Brudersblattes „Das freie Wort“ in Schwerin über eine gerichtliche Vernehmung zahlreicher Landarbeiter durch einen Gerichtsbeamten aus Rostock. Die Beschwerdeführer beklagen sich über die eigenartige Ladung und die Art, wie die Vernehmungen vorgenommen wurden. Ein Gendarmeriewachmeister erschien am 11. Juni bei den Arbeitern auf dem Felde und forderte sie auf, sich um 9 oder 9 1/2 Uhr vormittags bei dem Schulzen in Stowe einzufinden. Im Vernehmungsfalle wurde mit Verhaftung gedroht. Als sich etwa 15–20 Leute zur festgesetzten Zeit dort eingefunden hatten, wurde ihnen vom Schulzen gesagt, sie sollten sich nach der Wirtschaft von Möller in Stowe begeben. Hier mußten sie den ganzen Tag auf der Straße warten. Im Laufe des Vormittags wurden drei bis vier der Geladenen in der Wirtschaft vernommen. In dem Vernehmungszimmer befand sich außer dem Gerichtsbeamten und dem Gerichtsschreiber der „Hubertus“-Hilfswirt Hartmann. Um 1 Uhr wurde Mittagspause gemacht. Den wartenden Landarbeitern wurde gesagt, daß es um 3 Uhr weitergehe. Dieser war es infolge des weiten Weges bis zu ihren Wohnungen nicht möglich, Essen einzunehmen. Gegen 3 1/2 Uhr kamen die Herren wieder. Der Gendarmeriewachmeister Wulf befaß den draußen wartenden Leuten, die sich vor Erschöpfung in den Chaußeegraben gesetzt hatten, aufzustehen und sich in Reich und Glied zu stellen. Dann bedeutete der Wachmeister einem ihm folgenden Hubertusmann, sich die Leute anzusehen. Der Hubertusmann erkannte niemand und bedankte sich. Kurz darauf kam Wulf mit einem ganzen Rudel Hubertusleuten heraus und forderte die Landarbeiter wiederum auf, anzutreten. Da wurde ihm aber die würdige Antwort: „Der Hubertusleuten stehen wir nicht auf!“ Sie weiterten sich auch dann noch, als der Wachmeister ergänzend bemerkte: „Der Untersuchungsrichter hat es befohlen!“ Auch diese Massen-Konfrontation verlief resultatlos. Trotzdem wurde die Vernehmung der einzelnen fortgesetzt. Um 6 1/2 Uhr rief den noch Ueberlebenden vor Hunger und Ermüdung die Geduld und sie fragten den Wachmeister, ob sie nach Hause gehen könnten. — Antwort: „Wer nach Hause geht, wird verhaftet!“ Schließlich sind die Leute dann aber doch einer nach dem andern fortgegangen. Mit gutem Recht. Am Dienstag, dem 12. Juli, wurden die Arbeiter alle noch mal als teils direkt vom dem Oberwachmeister, teils indirekt (von ihrem Arbeitgeber) nach dem Lokal Stowe bestellt. Und selbst am Mittwoch mußten welche wiederkommen. Zwei der Vernommenen wurden in Untersuchungshaft abgeführt. (Einer davon ist verheiratet.) Auf eine Anfrage bei der Justizverwaltung erhielt das Schweriner Parteiblatt die Antwort, es handle sich um zwei verschiedene Schlägereien. Es sind 23 Landarbeiter als Beschuldigte und eine große Zahl Hubertusleute als Belastungszeugen vernommen worden. Die Beschuldigung lautet auf Landfriedensbruch. — Von Volksrichtern des Schweriner Schwurgerichts wurden die „Hubertus“-Leute von Boel von der Anklage des Landfriedensbruchs freigesprochen. Volksrichter des Schwurgerichts Schwerin waren es auch, die die Würde des Arbeiters jante — die Thormann und Genossen — freisprachen, nun sollen sie wohl die armen Landarbeiter schuldig sprechen?

Lauenburger Kreistag.

st. Rakeburg, 23. Juli.

Im Kreishause zu Rakeburg trat der im Februar gewählte Kreistag zu seiner zweiten Sitzung zusammen, zu welcher die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion vollzählig, geschmückt mit den Farben der Republik, erschienen waren. Die beiden kommunistischen Vertreter fehlten. Wäre nur einer von beiden erschienen, so hätten sich in höchsteren Fällen für die Arbeiterschaft unerkreuzliche Beschlüsse verhindern lassen. Damit natürlich wiederum bewiesen ist, daß wir die Arbeitervertreter sind. Während eine ganze Anzahl von Vorlagen statt erledigt werden konnten, kam es bei anderen zu frischen Kämpfen, die allerdings nicht das Wohlgefallen der monarchistischen Arbeitgemeinschaft hervorriefen, die leider in der Mehrheit ist. Die Aufündigung des Vorliegenden, daß der Minister genehmigt habe, den Beamten des Lauenburgischen Landeskommandantenverbandes andere Amtsbezeichnungen zu geben, veranlaßte die Genossen Stoll und Saeger Grünhof gegen den Titelauftrag vorzugehen. Nur drei Sozialisten (Schefe-Schwarzenebel, Schläge-Mustin und Stoll-Lauenburg) stimmten gegen die Vor schläge. Zu einem ersten Zusammenstoß zwischen der S. P. D. und den Bürgerlichen kam es bei der Wahl von zwei Mitgliedern für das Kuratorium der deutschnationalen infizierten Gelehrtenhülle. Es war durchgedrückt, daß die Arbeitgemeinschaft beide Sitze beanspruchen, die Minderheit also vorgewaltigen wolle. Bestenfalls wäre man — vielleicht — bereit gewesen, der Sozialdemokratie einen Kandidaten vorzuschreiben, der vorher seinerseits auf Anfrage der S. P. D. abgelehnt hatte. Das inoffizielle Begehren der Bürgerlichen lehnten wir ab. Das Kuratorium ist eine vorwiegend dekorative Einrichtung, aber gerade deswegen war es von der Arbeitgemeinschaft höchst abgesehen, den Machtstandpunkt hervorzuheben. Indem sie aber den obersten Seelenhirnen des Kreises, der vom vorigen Kreistag als „geborenes“ Mitglied beiseitigt wurde, auf den Schild hob, gab sie sich selber der Lächerlichkeit preis. Man änderte einen Grundplatz und ließ die Tatsache bestehen, denn nicht wird man den Mut haben, einen späteren Superintendenten nicht zu wählen. Dieses ganze Verhalten der Bürgerlichen kennzeichnet die Sprecher unserer Fraktion, Genosse Stoll, sehr scharf. Selbstverständlich ging der Wille der Bürgerlichen in Erfüllung. Wir haben nun keinen Grund, bei einer späteren Verschiebung der Machtverhältnisse zu unseren Gunsten — und sie wird kommen, wenn es nur die Beschloßen wollen! — besonders rückwärts gegen die Bürgerlichen zu sein. Auch der Ausgang der Sitzung war ganz auf Kampf eingestellt. Unser Fraktion hatte einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, in welchem gefordert wurde, der Firma Freytag in Rakeburg, Verlegerin der Lauenburgischen Zeitung, sämtliche Auflagen und den Druck des Kreisblattes zu entziehen, weil diese Firma in ihrem Organ seit Jahr und Tag im Stille der berichtigten Hamburger Warte unter fränklichem Mißbrauch der Pressefreiheit die Einrichtungen des republikanischen Deutschland in den Schmutz zieht und so den Beweis führt, wie schamlos und frech sich im republikanischen Deutschland die monarchistischen Reaktionäre aufzuführen dürfen. In sehr deutlichen Ausführungen gab Genosse Stoll, hierbei den furchtbaren Protest der Rechten hervorruhend, ein Bild von dem widerwärtigen Treiben dieses elenden Kümmerblattens: Ein Parlament, das auf seine Würde halte, müßte, ohne einen Anschlag auf die Pressefreiheit zu begehen, die in dem sozialdemokratischen Antrage auszubreiteten Konsequenzen ziehen. Die Arbeitgemeinschaft schied ihren gemischt-politischen Biedermann Lorenz aus Schwarzenberg vor, der selber ein Blättchen druckt und sich offenbar von Gräben der „Kollonialität“ leiten ließ. In daselbe Horn tütete Abg. Meheuer-Niendorf. In der Arbeitgemeinschaft haben auch zwei treffliche Demokraten gelebt, die auch sie angezogen erhalten. Man muß wohl annehmen, daß ein Flek, ganz wie die Rechtspartei, begeisterte Monarchisten sind. Die Kreisgenossen haben ihre Partei schwer blamiert. Einmal, indem sie nicht den Mut zu einem Bekenntnis für die deutsche Republik fanden, zum andern, als sie den höchsten Grad von Arbeiterfeindschaft zeigten. Denn als es galt, die Lohnverhältnisse der Forstarbeiter zu regeln, empfahl der „Demokrat“ Jentel, einfach die Bude zu schließen, denn es würden genug Arbeiter bereit sein, zu den alten Bedingungen zu arbeiten, und sein Trinius Bagel-Rakeburg wollte ebenfalls die alten Bedingungen, die Jentel noch zu günstig fand, beibehalten lassen. In vor-

trefflichen Darlegungen hatte Genosse Saeger-Grünhof die Notwendigkeit der Besserstellung der Arbeiter dargelegt, unterstützt von den Genossen Wagner und Sill und dem Arbeitsgemeinschaftler Kolb. Nachdem verschiedene Verbesserungsanträge gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und die des Weg. Kolb von den Bürgerlichen niedergebittet waren, wurde wenigstens die Lohngruppe III erreicht, nachdem sich außer Kolb auch der Abgeordnete Hentel-Müller zu den Sozialdemokraten geschlagen hatte. In interessanten Ausführungen kam es auch noch bei Besprechung eines Antrages, der vom Kreise die Erteilung von Arbeiterwohnungen auf den Kreisdomänen forderte. In dieser Ausprache beteiligten sich von unserer Seite die Genossen Wagner und Sill. — Für die Erweiterung des Elektrizitätsnetzes wurde der Betrag von 1 Million, für die Entwässerung des Dürenseer Moor- und Seearals etwa 1/2 Million Mark zur Verfügung gestellt.

Gewerkschaften.

Die Metallarbeiter in Russland.

„Zu Zwangsarbeit verurteilt.“

Die Wahlen zum Verbandsrat der Metallarbeiter veranlaßt die Kommunisten wiederum ein besonders hohes Lied von dem Vorteil ihres Kommunismus zu singen und die „gelben Gewerkschaftsbongens“ mit Rülpsen voll kommunistischen Unrats aus dem Moskauer Gefekslump zu überspülen. Der „Verrat“ der Moskauer Arbeiter ist schuld daran, daß es der deutsche Arbeiterkampf im allgemeinen und den Metallarbeitern im besonderen geht. Wenn erst alle Arbeiter Kommunisten wären, wenn erst alle Gewerkschaften von Kommunisten besetzt seien, dann, ja dann gingen wir so herrlichen Zeiten entgegen — wie sie in Russland, dem gelobten Land des Kommunismus, herrschen.

Wie es z. B. in der Metallindustrie Russlands — die mit anderen Industrien militarisiert ist und uns besonders interessiert — aussieht, darüber gibt der Artikel eines kommunistischen Arbeiters in der 18. Ausgabe des „Metallist“ Auskunft. Er schreibt u. a.:

„Eine vollständige Unterordnung unter die Anweisungen des Direktors ist auf den Plowerten in Kostama eingeführt worden; weder Einmischung noch Widersprechen der Arbeiter ist erlaubt. Die vom Arbeitsauschuß erteilten Weisungen stimmen mit denjenigen der Oberleitung überein. Abwesenheit ohne Erlaubnis des Vorgesetzten bedeutet auf unserem Arbeitsplatz Vorenthaltung der Extrarationen. Weigerung, Weisungen zu befolgen, bedeutet gleichfalls Vorenthaltung der Extrarationen. Auf fortgesetzte Weigerung erfolgt Irrektion. Für zu spätes Erscheinen bei der Arbeit wird eine Buße verhängt in der Höhe eines Zweiwöchengehaltes.“

Die Bolschewisten haben in den russischen Betrieben eine Verwaltungsreform eingeführt, die von Volksgenossen Arbeitern folgendermaßen kritisiert wird: „Es ist uns, als ob wir auf Zwangsarbeit verurteilt werden, wo alles, die Nahrung ausgenommen, vor schriftsmäßig vor sich gehen muß. Wir sind keine freien Männer mehr, wir sind Sklaven. Und in einem Zeitartikel der Zeitung „Milizarmee“ vom August 1920 heißt es: „Zwischen den Soldaten und Arbeitern soll kein Unterschied bestehen. Dieselbe erste Disziplin, dieselbe absolute Unterwerfung muß eingeführt werden.“

Selbstverständlich stoßen derartige brutale Maßnahmen, in denen auch nicht ein Funken von Freiheit und Mitbestimmungsrecht zu finden ist, auf den schroffen Widerstand der Arbeiter. Die Folge war, daß im Jahre 1920 eine Streikwelle über ganz Sowjetrußland strömte. Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Zentralkomitees des Arbeiterpartei sind u. a. folgendes festgestellt worden: 1. Streiks brachen aus in 77 Proz. der großen und mittleren Betriebe. 2. In den nationalisierten Unternehmen wird fortwährend gestreikt, und 90 Proz. der Streiks entfallen auf solche Fabriken und Betriebe. 3. In einigen Betrieben fanden nur 3-4 Streiks während des ganzen Zeitraumes statt. 4. Gestreikt wurde am häufigsten in Petrograd, am wenigsten in Kajan.

Alle diese Streiks sind durch die Sowjetregierung total unterdrückt worden. Streikende wurden verhaftet und erschossen, allen wurden die Nahrungsmittelrationen entzogen. So schreibt ein Arbeiter der Putilowwerke unter dem 8. Juni 1920: „Der Streik im April in den Putilowwerken ist beendet worden, indem eine Anzahl Streikende verhaftet wurde. Wir sind im unklaren über das Schicksal von 12 Verhafteten. Die außerordentliche Kommission verweigert jede Auskunft. Soviel wissen wir, daß sie erschossen worden sind.“

Im Bolschewik-Gefängnis in Moskau befinden sich 152 Arbeiter der Brunsel-Werke in Haft. Sie wurden verhaftet, weil sie am 1. März an einem Streik teilgenommen hatten, sind aber nicht verurteilt worden.“ (Revision der Moskauer Gefängnisse durch die Bauern- und Arbeiterinspektion im Juni 1920).

Diese Schilderungen könnten, gestützt auf das reiche Tatsachenmaterial, katalogartig fortgesetzt werden. Sie werfen ein grelles Schlaglicht auf die Arbeitsverhältnisse in Russland und auf die Methoden der Sowjetleute, die nichts anderes als eine slavische Nachahmung derjenigen des zaristischen Regimes darstellen.

Aus aller Welt.

Ungetreue kommunistische Kassierer. Die Kassierer des Metallarbeiterverbandes, Bochert und Tornau, Mitglieder der kommunistischen Partei, wurden wegen Unterschlagung von rund 22 000 Mk. verhaftet.

Eine Dampfschneidmühle eingesehert. Die große Dampfschneidmühle der Firma Grenz & Sohn in Bromberg ist mit dem Hauptgebäude, sämtlichen Nebenträumen, allen wertvollen Gebrauchsmaschinen und großen Holzvorräten vollständig niedergebrennt. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Mark.

80 000 Mark unterschlagen. Zum Nachteil einer Anilinfabrik hat der Kaufmann Böffel, 80 000 Mark bestaudent, Böffel, der bei der Fabrik beschäftigt war, hat sich dadurch in den Besitz des Geldes gesetzt, daß er verschiedene Eingänge unberechtigt an Banken überwies und dann für sich abhob.

Vier Kinder vom Blitz erschlagen. In dem Schwarzwaldorte Boll wurden die vier 5 bis 13jährigen Kinder eines Maurermeisters, die während eines Gewitters unter einem Kirchturm Schutz suchten, vom Blitz erschlagen.

Bandenrolendiebstahl. Aus dem Steueramt in Bad Honau wurden Steuerbanderolen im Gesamtwert von 70 000 Mark.

Automobilunfall des Großindustriellen Stinnes. In der Nähe von Wiesbaden erlitt Hugo Stinnes einen Automobilunfall. Stinnes, der sich mit seiner Familie auf einer Vergnügungsfahrt in seinem Kraftwagen befand, wurde aus dem Wagen geschleudert, als dieser, um einen plötzlichen Quer über den Weg fahrenden Kraftfahrer auszuweichen, auf einen Steinhaufen fuhr. Stinnes erlitt dabei leichte Verletzungen. Von den übrigen Insassen des Kraftwagens ist niemand zu Schaden gekommen.

Schweres Unwetter. Blättermeldungen aus Kassel zufolge wurde der Kreis Hersfeld von einem schweren Unwetter heimgesucht. Im Weisbachtal wurden einzelne Dörfer überschwemmt, ja daß die Bewohner flüchten mußten. Vieh und Getreide wurde vernichtet.

In einer Schneehöhle erstarrt. Die Schweizerische Alpen-Angebotsgesellschaft berichtet aus Engelberg: Als hier zur Erholung wollende Knaben eine Schneehöhle bei Zruobes besuchten, stürzte eine Schneedecke ein und begrub eine Anzahl von Knaben. Bisher wurden 2 Tote und 2 Schwerverletzte ausgegraben.

Erfolgreiche Durcheinanderung des Bodensees. 14 Schwimmer des Schwimmvereins Konfanz unternahmen den Versuch, den Bodensee zwischen Meersburg und Konfanz (8 Kilometer) zu durchschwimmen. Von den 14 Schwimmern erreichten nur zwei ihr Ziel, während die übrigen unterwegs aufgeben mußten. Die beiden hervorragendsten Schwimmer benötigten zu der Strecke rund 4 Stunden.

Selbstmord des früheren bayerischen Ministers v. Franendorfer. Wie aus München gemeldet wird, hat Herr v. Franendorfer, der im dringenden Verdacht stand, sich an Wängsfällen beteiligt zu haben, seine Wohnung am Freitag vormittag verlassen, ohne daß man weiß, wo er die Nacht verbracht hat. Sonnabend vormittag hörte ein Radfahrer am hohen Jarufer bei Weisfeldgasse einen Schuß fallen und sah den Minister von einer Kutschke absteigen. Franendorfer hatte sich mit einer Pistole in die rechte Schläfe geschossen. Der Tod ist sofort eingetreten.

Ein Nordlicht in 600 Kilometern Höhe. Die Jahre 1920 und 1921 zeichnen sich durch eine besonders lebhaften Entwicklung der Polarlichterscheinungen aus, wodurch die Erforschung dieser prächtigen, aber noch immer rätselhaften Lichtphänomene sehr gefördert wurde. Nun hat Professor Karl Störmer (Strifflanta) von den Endpunkten verschiedener, viele Kilometer langen Basisslinien photographische Aufnahmen gemacht und daraus die Höhe des Nordlichts berechnet. Weitaußers die meisten Lichterscheinungen treten etwa 100 Kilometer über dem Erdboden auf, und nur selten werden erheblich größere Höhen, bis zu 800 Kilometern erreicht. Nun veröffentlicht er mehrere Photographien von zwei Nordlichtern, aus denen sich Höhen von mehr als 500, im Maximum bis zu 607 Kilometern ergeben. Dieses Resultat ist nicht nur wissenschaftlich wertvoll, sondern insofern auch allgemein interessant, als daraus hervorgeht, daß in jenen gewaltigen Höhen sich noch Luft, wenn auch sehr stark verdünnt, befindet die durch elektrische, von der Sonne ausgehende Ströme zum Glänzen gebracht wird. Damit ist also nachgewiesen, daß die Atmosphäre unserer Erde, für deren Höhererreichung bisher nur Beweise bis zu 800 Kilometern vorlagen, mindestens doppelt so hoch emporreicht.

Sport.

Am Sonnabend und Sonntag, dem 16. und 17. Juli feierte der Arbeiter-Turnverein für Rüdänig und Umgebung das 3. Stiftungsfest. Der Kommers am Sonnabend, an dem bereits die Hamburger Gäste teilnahmen, verlief unter guter Beteiligung der Rüdäniger Arbeiter zur vollen Zufriedenheit nur allzu schnell. Am Sonntag morgen war früh um 5 Uhr Wecken durch das Trommler- und Pfeiferkorps. Um 8 Uhr begann oder vielmehr sollten die leichtathletischen Wettkämpfe beginnen. Leider mußte mit dem Anfang gewartet werden, da die Lübecker Turngenossen nicht da waren. Es wurden im allgemeinen gute Resultate erzielt. Am Nachmittag sammelten sich vor dem Vereinslokal sämtliche Teilnehmer zum Festzug. Infolge der kühlen Julionächte schaute allerdings manch einer zurück. Um so höher ist die Opferwilligkeit der Teilnehmer zu bewerten. Den Zug eröffneten die Knabenabteilungen von Schwarztau und Rüdänig. Dann folgten die Arbeiter-Radfahrer von Rüdänig, denen sich in ihrer Sportkleidung die verschiedenen Turnvereine anschlossen. Auf dem Festplatz hielt Gen. Dr. F. Leber in Lübeck nach den Massenteilübungen seine Festrede, die manches Wort enthielt, was sich unsern Arbeitssoldaten aller Orten unter die Nase reiben können. Sodann begannen die verschiedenen Spiele in Faust-, Schlag- und Fußball. Tief zu bedauern war, daß der Rüdäniger Sportplatz noch nicht fertiggestellt ist, wodurch mancher Mangel in der Ausführung des Programms vermieden worden wäre. Alles in allem war auch unser Fest wieder eine machtvolle Demonstration für den Arbeiter-Sport.

Fünftkampf, Oberstufe:

1. P. Schömann	820 P.	A.S.M. 13 (Hamburg)
2. G. Raods	808	A.S.M. Lübeck
3. A. Rensdiersti	298	A.S.M. Rüdänig
4. Th. Rensdiersti	285	
5. A. Sternberg	280	
6. S. Niemann	257	A.S.M. Lübeck
7. E. Röst	257	
8. P. Rensdiersti	256	A.S.M. Rüdänig

Männlich-Fünftkampf, Mittelstufe:

1. Karl Gader	889 P.	A.S.M. Schlutup
2. H. Biel	850	
3. Fr. Göt	849	A.S.M. Rüdänig
4. O. Hartmann	840	
5. W. Magowski	905	A.S.M. Schlutup
6. M. Müller	288	A.S.M. Rüdänig
7. Niegel	280	
8. Th. Benhagen	274	A.S.M. Schlutup
9. Fr. Wient	273	A.S.M. Rüdänig
10. W. Rischer	271	A.S.M. Schlutup

Männlich-Fünftkampf, Mittelstufe:

I. A.S.M. Schlutup	1589 P.
II. A.S.M. Rüdänig	1530 P.

8 x 100 m - Stafette:

I. A.S.M. Rüdänig	Zeit 1 Min. 49 1/2 Sek.
II. A.S.M. Schlutup	Zeit 1 Min. 54 1/2 Sek.

Theater und Musik.

Stadtheater. Einführungsvormittag der neu engagierten Künstler. Am Sonntag vormittag stellten sich 12 neuengagierte Künstler von der Oper und zwei vom Schauspiel in bunter Reihenfolge den zahlreich erschienenen Zuschauern vor.

Daß bei solchem Anlaß nur gut Durchgearbeitetes geboten wird, ist wohl selbstverständlich. Ein weitergehendes Urteil über die vorhandenen stimmlichen Begabungen ist nach der kurzen Leistung unmöglich. In dem einen oder anderen Fach aber sieht es fast so aus, als ob die kommende Spielzeit hinter der vorliegenden zurückbleiben wird.

Nach ein Vergleich drängte sich auf. Das Schauspiel vertritt nach dem ersten Eindruck Besseres als die Oper. S. Süss-Fonquith-Waldeck und besonders G. Schiller boten Ausgezeichnetes; in der Oper erhoben sich nur wenige über gutes Mittelmaß; gütige Würdigung wird erst nach größerer Kost möglich sein.

Hoffentlich verwendet die Theaterleitung in Zukunft mehr Sorgfalt auf ihren Programmzettel. Die beiden Grenadiere sind nicht von Schuber, sondern von Schumann, was ein greifbarer Unterschied sein dürfte.

In **Santa-Theater** wurde am Sonnabend russische Kunst von russischen Künstlern gegeben. Die erste russische Konzertgesellschaft unter Leitung von Dr. Swerlow veranstaltete unter Verwendung der vorzüglichsten russischen Solalisten, einer Art Junger, ein Konzert, dessen reichhaltige Gaben ein schöner Selbstbekenntnis russischer Volkslieder war. Die hübschen Reigen, schließt lebendig, heiter und wieder

von weicher, slavischer Eigenart, kamen so ungelinstelt, stimmungs- und langweil zu Gehör, daß man vor ihrem Zauber fast gefesselt wurde. In diesen Liedern liegt etwas von den lebenswüthigsten nationalen Wesenszügen des russischen Volkes, für das sich gerade in der jetzigen Zeit seiner schweren Not überall wieder Sympathie zeigt. Außer diesen Volksliedern gelangten Stücke von Andrejew, Masanoff (Von den Ufern der Wolga), Tschaikowsky, Abt und Schubert zum Vortrag, die starken Beifall fanden. Auf dem Gebiete der Tanzkunst leisteten die Russen Hervorragendes. Das befalligen Ivan Drift, Wladimir Orloff, Helene Solofskaja und Olga Kolina, die russische Volks- und Charaktertänze temperamentvoll, gräßlich, mit Humor und dann wieder in haunenerregendem Wirbel ausführen. Sie, und vor allem auch der das Orchester mit sicherer, leichtbeschwingter Hand führende Dr. Swerlow fanden eine überaus freundliche Aufnahme bei dem zahlreich erschienenen Publikum. X

Eingegangene Druckschriften.

Untergang. Ein Lebensfragment. Von A. M. de Jong. Berechtigte Uebersetzung aus dem Holländischen von Georg Gärtner. — Ein neuer Roman, der als menschliches Dokument voll überzeugender Eindringlichkeit anzusprechen ist. Ein Holländer aus guten Verhältnissen, der sich mit seiner Familie überworfen, kommt nach London, um sich hier auf eigene Füße zu stellen. Nach anfänglichem Zaudern ergreift er jede Arbeit, die sich ihm bietet. Er wird Tellerwäscher, Gepäckträger, Heizer, Portier, Schriftsetzer und anderes; er ringt mit allen Kräften um eine anständige, ehrliche Existenz — und scheitert. Scheitert wie hunderte, wie tausende andere, die arbeiten wollen und schließlich auf den Weg des Bettels und Verbrechens getrieben werden. Und doch nicht so. Denn seine Erlebnisse werden im Spiegel seines ethischen Bewusstseins und beweglichen Geistes zu einem Bild einer Großstadtsphäre, wo die Menschen gleich helmlöseligen Hunden ihr Futter aus dem Kot der Straße suchen und nicht wissen, wo sie ihren mühen hungrigen, gemißhandelten Leib zur Ruhe legen sollen. Und sie werden darüber hinaus eine finstere Anklage gegen die Unmenschlichkeit der menschlichen Gesellschaft. Gewisse Kapitel des Buches erinnern in ihrer packenden, aufwühlenden Realistik an die Kunst Jolas. Aus den tiefsten Gründen des kapitalistischen Gesellschaftsbauens gliht tierische Verworfenheit, infame Uebertracht uns an — und dann zaubert der Verfasser aus dieser Pflanze das Bild einer Straßendirne so voll tiefmenschlicher Güte, fraulichen und mütterlichen Empfindens, daß jeder Zweifel an seiner dichterischen Beruflichkeit schwindet. Der Verlag, die Buchhandlung Vorwärts in Berlin, hat dem Buche in einem ansprechenden Einbande auch ein würdiges äußeres Kleid gegeben, sodaß der Preis von 12 Mark für das inhaltsreiche Buch unter den gegenwärtigen Verhältnissen als durchaus mäßig bezeichnet werden kann.

In Kürze erscheint bei der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, unter dem Titel „100 000 Millionen neuer Steuern“. Wer soll sie zahlen? Proletarier oder Besitzer von Goldwerten? von Ernst Hellmann, eine Broschüre. Sie legt dar, wie es zu dem Ultimatum kam, warum es angenommen wurde und wie allein es erfüllt werden kann. Die einzelnen Sach- und Goldwerte werden nach Art und Umfang genau abgeschätzt und die zweckmäßige Art ihrer Besteuerung dargelegt. So wird das riesige Steuerproblem, das noch auf Monate im Mittelpunkt der deutschen Politik stehen wird, anschaulich gemacht und in seiner politischen und sozialen Bedeutung packend dargestellt. Die Broschüre, die im Buchhandel 2,50 Mk. kostet, wird an die Organisationen zum Vorzugspreise bei Bezug von 50 Exemplaren mit 1,50 Mk. das Stück, bei Bezug von 250 Exemplaren an mit 1,25 Mk. das Stück, jeweils Massenverbreitung abgegeben.

Jeder Parteigenosse muß

zum bevorstehenden Monatswechsel noch fleißig agitieren, um alle diejenigen aus seinem Bekannten- und Kollegenkreise, welche noch bürgerliche Zeitungen lesen, für den „Lübecker Volksboten“ zu gewinnen. Alle Mitglieder der freien Gewerkschaften, ganz gleich ob Kopf- oder Handarbeiter, sollten sich von der kapitalistischen Presse lossagen und nur diejenigen Zeitungen lesen und unterstützen, die ihre Interessen vertreten. Der politische Tageskampf erfordert für jeden, an den Ereignissen regen Anteil nehmenden Menschen die Lektüre einer gut geleiteten und richtig informierenden Zeitung. Wer daher ein solches Blatt im Hause lesen will, muß

den „Lübecker Volksboten“ bestellen.

Es ist daher Pflicht eines jeden sozialistisch denkenden Arbeiters, Angestellten oder Beamten, unablässig neue Abonnenten für den Volksboten zu werben.

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten, Johannisstraße 46, einzusenden.

Ich abonniere den Lübecker Volksboten mit den Beilagen „Für unsere Frauen“ und „Kinderland“ täglich frei ins Haus für Mk. 4.50, mit der illustrierten Aupferdruckbeilage „Siedlung und Kleingarten“ Mk. 5.— pro Monat.	
Name
Wohnung
Beruf

Bei sprödem Barthaar

und empfindlicher Haut zeigt sich beim Käseisen so recht die wohltuende, haarerweichende Wirkung der neuen Käseleife „Leosira“. Ueberzeugen Sie sich von der Sparsamkeit und praktischen Verwendbarkeit und probieren Sie eine Packung zu Mk. 3.— für monatlangen Gebrauch. Wo Sie die bekannte Chlorodont-Zahnpaste kaufen, erhalten Sie auch Leosira-Käseleife. Geben Sie Ihren eine Original-Packung direkt gegen Nachnahme oder Voreinsendung von Mk. 3.— Laboratorium L. 50, Dresden-N. 6. 4437

Unsere heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt des Verlags M. W. u. F. Co. in Danzig-Pospalt über die Wohnstätten- und Arbeitervereine für das Deutsche im Auslande bei.

Regelmäßige Verschiffungsgelegenheiten von Lübeck.

(Mitgeteilt von der Lübecker Handelskammer.)

I. Nach Dänemark und West-Schweden.

Kopenhagen, Malmö, Landskrona, Helsingborg, Galmstad, Warberg und Gothenburg, etwa drei bis viermal wöchentlich mit den Dampfern der Halland-Linie „Swan“, „Westfiken“, „Nafaden“, „Malmö“ und „Lübeck“ für Passagiere und Fracht, sowie den Dampfern „Länna“, „Nissan“, „Fallen“ und „Ludwig Kolberg“ nur für Fracht. Nächste Expedition: Dampfer „Nissan“ am 25. Juli; Dampfer „Westfiken“ am 27. Juli; Dampfer „Lübeck“ am 29. Juli. Vertreter: Lüders & Stange, Untertrave 17. Schiffsmaier: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

Kopenhagen mit Umladung nach Aarhus, Aalborg, Vejle, Kolbing, Randers, Odense, Fredericia, Sorø, Island, West-Norwegen und Amerika zweimal wöchentlich ein Dampfer der Forenede Dampskibs-Selskab in Kopenhagen. Die Dampfer nehmen außer Fracht auch, soweit möglich, Passagiere mit. Nächste Expedition: Dampfer „Hjelm“ am 26. Juli. Vertreter für den Personen- und Frachtverkehr: H. M. Schreckens, Lübeck, Gr. Altesfähre 29.

Kopenhagen. Jeden Mittwoch bzw. Donnerstag ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „v. Schill“ am 28. Juli. Vertreter: Nordische Reederei G. m. b. H., Gr. Altesfähre 6.

II. Nach Süd-Schweden.

Stockholm eventl. auch Kalmar, ein- bis zweimal wöchentlich mit Dampfern der Rederi-Abteilung „Svea“ in Stockholm. Nächste Expedition: Dampfer „Gauthiod“ am 29. Juli nach Kalmar und Stockholm. Vertreter für den Personenverkehr: Lüders & Stange, Untertrave 17, für den Frachtverkehr: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

Stockholm, eventl. auch andere Plätze anlaufend, in Zwischenräumen von etwa 8 Tagen ein Dampfer der Skandinavischen Linie. Nächste Expedition: Dampfer „Gertha“ am 28. Juli. Vertreter: Nordische Reederei G. m. b. H., Lübeck, Gr. Altesfähre 6.

III. Nach Süd- und West-Norwegen.

Christiania, nach Bedarf auch andere Plätze anlaufend, alle 10 bis 14 Tage ein Dampfer der „Söndenfjeld-Norke Dampskibsselskab“ sowie Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Orontes“ am 30. Juli. Vertreter: Rob. M. Stemann jr., Alfstr. 38.

Stien, Drammen und Christiania alle 10 bis 14 Tage mit Dampfern der „Fjellöfen“ in Christiania sowie Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Dora“ am 3. August. Vertreter für den Frachtverkehr: C. Stein, Untertrave 9.

Stavanger, Bergen, Drøntheim eventl. Haugesund, Alesund, Christiansund-N. und anderen norwegischen Plätzen etwa alle 10 Tage ein Dampfer. Nächste Expedition: Ein Dampfer am 30. Juli. Vertreter: Nords-Norwegische Transport-Compagnie Hafensstr. 8.

IV. Nach Finnland.

Helsingfors jeden Sonntagabend nachmittags 2 Uhr mit Dampfern nach Bedarf Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Lornea“ am 30. Juli. Anmeldung von Passagieren bei Pöhl & Fehling, Schiffahrtskontor, G. m. b. H., Bedergrube 89.

Nach Wiborg und Kottla monatlich zweimal. Nächste Expedition: Dampfer „Koblenz“ am 27. Juli.

Nach Kumo, Mäntyluoto und Wasa monatlich zweimal. Nächste Expedition: Dampfer „Frey“ am 27. Juli. Vertreter für den Frachtverkehr: Deutsche-Finnländische Dampfer-Expedition G. m. b. H., Untertrave 43.

Helsingfors. Linie Viktor Gt. Etwa zweimal monatlich, außerdem Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Helgoland“ am 4. August.

Ubo. Ein- bis zweimal monatlich. Nächste Expedition: Dampfer „Helgoland“ am 4. August. Vertreter für Personen- und Frachtverkehr: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

Ubo, etwa zweimal monatlich mit Dampfern der „Angartage-Abteilung“, „Transito“ in Ubo. Nächste Expedition: Dampfer „Kumala“ am 6. August. Personen- und Frachtverkehr: Pöhl & Fehling, Schiffahrtskontor, Bedergrube 89.

Ubo und Helsingfors. Alle 14 Tage ein Dampfer der Finnland-Linie. Nächste Expedition: Dampfer „Aranda“ am 6. August. Vertreter: Korpas & Tuomaala, Engelsgrube 50.

V. Nach Lettland und Estland.

Riga. Alle 14 Tage ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Ruhland“ ca. 30. Juli. Vertreter: H. P. Berling, Gr. Altesfähre 23.

Libau und Reval. Etwa alle drei Wochen ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Ruhland“ ca. 30. Juli. Vertreter für Personen- und Frachtverkehr: Hanseatische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Große Altesfähre 21.

VI. Nach deutschen Ostseehäfen.

Burg und Orth a. S. sowie Kiel. Alle 8 Tage Montags Dampfer „Schmarn“. Personen- und Frachtbeförderung. Vertreter: Tacht & Severin, Schlüsselboden 15.

Wismar, Rostock, Stettin und Zwischenstationen. Wöchentlich zweimal mit Dampfern der „Spoo-Linie“, bei Bedarf Extra-Dampfer. Vertreter: Wm. Wilkos, Bedergrube 52.

Sankt Peterburg etwa alle 10 bis 14 Tage. Nächste Expedition: Ein Dampfer am 30. Juli. Vertreter: Franz Heinrich, Untertrave 24.

Güldener Verbindung von Lübeck nach Magdeburg
mit Umladung nach Berlin, Dresden, Halle a. S., Breslau und Zwischenstationen. Regelmäßige wöchentliche Expedition ab Lübeck jeden Freitag. Güterannahme durch die Magdeburg-Lübecker Güterschiffahrtsgesellschaft m. b. H., Kanalstraße 11/19 und H. P. Berling, Gr. Altesfähre 23.

Nach Lauenburg a. O. und Hamburg.
Regelmäßige Abfahrt: Von Lübeck jeden Dienstag und Freitag. Güterannahme ununterbrochen durch Lüders & Stange, Abteilung Flussschiffahrt, Kanalstr. 11/19.

Schnellverkehr Lübeck-Hamburg mit Motorschuten.
Bei Bedarf werden Zwischenstationen Mölln und Lauenburg angefahren. In Hamburg Anschluss an den täglichen Güldenerverkehr aufwärts. — Güteranmeldungen bei Karl Steber, Gr. Altesfähre 16.

**Hans Dopp
Martha Dopp**
geh. Boysen. (4149)
Vermählte.
Für die vielen Gratulationen und Geschenke danken herzlich.
D. D.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Silberhochzeit danken herzlich.
Ernst Niset u. Frau Louise geb. Meyer. (4450)
Schlutum, im Juli 1921.

Deutscher Bauarbeiterverband Lübeck.

Nachruf.
Am 22. Juli starb unter langjähriger Kollege, der Maurer **Konrad Speth Schwarzwald** im Alter von 64 Jahren. Ehre seinem Andenken! Beerdigung findet am Dienstag, d. 26. Juli, nachmittags 3 Uhr, nachmittags 3 Uhr, am Friedhof St. Nikolai, d. 26. Juli, nachmittags 3 Uhr, nachmittags 3 Uhr. (4477) Der Vorstand.

Glucke m. 8 Rufen 3. vert. 4468) Wiedeholt 49.

Jung. Kaninchen m. Haut 3. vert. Eismüht. 40a, l. (4440)

Kaninchen zu vert. billig. (4455) Gländorstraße 241.

2 fl. Zugäuger zu verkaufen. Burgfeld, Baracke 27. (4459)

Verloren!
Am Sonntag in der Gunde, ein Buch mit Marken vom Bekleidungsarbeiterverband. Der ehrl. Finder wird gebeten, dasselbe gegen Belohnung im Gewerkschaftshaus abzugeben. (4456)

Verlor. Vortem m. Inhalt Smeisen. Choteistr. Geg. Belohn. abzug. Choteistr. 17. II. (4470)

Blösig stark nach kurzer schwerer Krankheit mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Maurer **Konrad Speth** im Alter von 64 Jahren. Schmerzlich vermisst von den Seinen (4448) Frau **Sophie Speth**, geb. Slahn. Renjewald, Lindenstr. 10. Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle Renjewald aus statt.

Maurer
für Arbeiten in der Stadt gesucht. (4417) **Hermann Kassus**, Maurermeister, Moislinger Allee 55 b.

Möbl. 3. z. verm. a. jg. M. M. Watenigmann 188. (4473)

1 möbl. Zimmer 3. verm. 4467) Engelsgrube 25. I. r.

G. S. u. D. Rad (Frei) 550. M. (4466) Watenigmann 42. Fahrradhandlung.

Damenrad 3. vert. (4457) E. d. Lohmühle 20 a.

G. g. erhält Brennholz-Rindernwagen zu vert. (4474) Gantstr. 31, I. Hinterh.

Zug-Gaslampe, 60 W. Gas-Buchhande, 30 W. rotbr. Damast, 37, 150 W. (4442) Gantstr. 103, 5th.

Al. niedl. Hund, 1 Oberbett u. 1 Anstrichstischel zu vert. (4460) Burgfeld, Baracke 27.

Eimerbier
Dienstag von 4-6 Uhr. 4469) Hermann Stasser.

Frühkartoffeln
(klar) hat abzugeben nur an Verbraucher. (4441) R. Nauwerk. Niendorf i. Lüsch. (Sieblg.)

Sozialdemokr. Verein von Schwarzwald u. Renjewald
Am Freitag, dem 22. Juli, verschied unser langjähriger Mitglied, der Maurer (4464) **Konrad Speth**, Renjewald. Ehre seinem Andenken. Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle aus statt. Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

J. H. Rein
Am Markt 12. Breite Straße 64.

Beide Bezugsquellen für erstklassige Mannschaffarmen • Spezialhaus für Herren, Selbstern und Damen • Herren- u. Knaben-Garderoben Arbeiter- und Berufsleidung. (4472)

Wir sind nunmehr mit den modernsten Einrichtungen, Maschinen und Schriften versehen und können Plakate • Statuten • Werbeschriften Rundschreiben • Programme • Zeitschriften • Einladungen • Formulare Mitgliedskarten • Stempel Briefbogen • Postkarten wunschgemäß und sehr preiswert bei kürzester Lieferungsfrist herstellen.

Buchdruckerei des **Lübecker Volksboten** Johannesstraße 46.

Verband d. Gemeinde- und Staatsarbeiter. Filiale Lübeck.
Am Donnerstag, dem 21. Juli, starb unser Kollege (4453) **Carl Horstmann**. Ehre seinem Andenken. Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 26. Juli, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhof St. Nikolai. Die Ortsverwaltung.

Wir empfehlen zum Abonnement **Die Neue Zeit** Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie Preis für das Heft M. 1.25 Jeder Parteigenosse, der sich um die Entwidlung und Klärung der Parteiinteressen kümmert, sollte auch Leser der Neuen Zeit sein Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Postämtern entgegengenommen

Neu erschienen: **Das Kind** Seine Erziehung und Pflege Preis 1.— M. **Jr. Meyer & Co., Lübeck** Johannesstr. 46.

Für bewiesene Teilnahme und reiche Kranzbinden, sowie Herrn Pastor Biejenitz und den verschiedenen Vereinen bei der Beerdigung unseres lieben Großvaters herzlichsten Dank. (4452) Frau **Barg** und Kinder. Schlutsum.

Ordentl. Logenmäßen. Bedergr. 74. Lübeck. (4477)

Die Zeiten des Lübecker Volksboten werden gebeten, bei ihren Einkäufen in erster Linie die Inserenten im „Lübecker Volksboten“ zu berücksichtigen.

Abonnenten und Inserenten sind aufeinander angewiesen!

Fichte behaftet. Kein gesundes Flechtchen hatte sie auf dem Leibe. Durch Zucker's Patent-Medizinale-Soife wurden die Flechten in 8 Wochen beseitigt. Diese Soife ist Lausende wert. G. M. D. Dazu Zuckooh-Creme, nichtfettend und fetthaltig. In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich. (4448)

Hausstandslumpen, Papier, Knochen usw.
kauft zu den höchsten Tagespreisen (4438) **Cohn**, Fackenburg, Allee 53, Keller.

Das Betriebsrätegesetz v. Paul Umbreit 2,50 M.
Kunst der freien Rede von Fritz Müller 2,00 M.
Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co.** Johannesstr. 46.

Neueste Ausgabe! Kommentar zum Betriebsrätegesetz.
Enthaltend u. a.: Musterarbeitsordnung u. Entscheidungen des Reichsarbeitsministeriums. Von Dr. Georg Flatow. Preis Mk. 12.50. **Friedr. Meyer & Co.**

Neues Volksliederbuch mit Anleitung zur Lautenbegleitung. Preis Mk. 5.50. Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co.**, Johannesstraße 46.

Die neuen Postgebühren — 50 Pfg. — **Friedr. Meyer & Co.** Johannesstraße 46.

Die Zeiten des Lübecker Volksboten werden gebeten, bei ihren Einkäufen in erster Linie die Inserenten im „Lübecker Volksboten“ zu berücksichtigen.

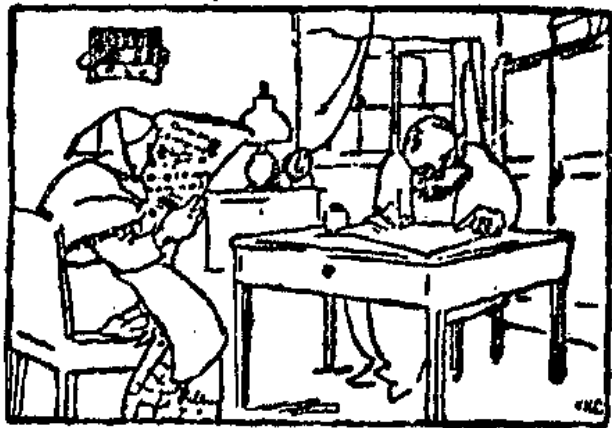
Abonnenten und Inserenten sind aufeinander angewiesen!

DAS GROSSE LOS

Eine Geschichte
für Millionäre und alle solche,
die es schnell und mühelos werden wollen.



1. Hans Jürgen Baas aus Appelstadi
plackt sich tageln, tagaus,
er hat das Rackertleben satt,
möcht aus den Sorgen raus,
er möcht für sich und seine Kinder
nicht schuffen müssen wie ein Schinder.



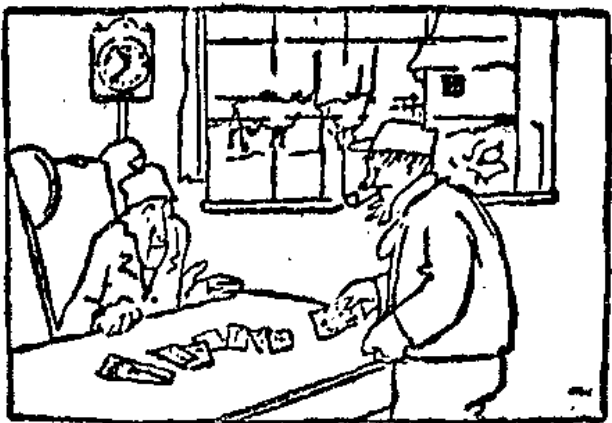
2. Er liest im Neuen Tageblatt
von 'ner großen Lotterie,
stracks schreibt er hin zur großen Stadt
„schickt schnell sechs Lose mir“,
und sagt zur Frau, die sich besinnt,
„wer nimmer wagt, der nicht gewinnt“



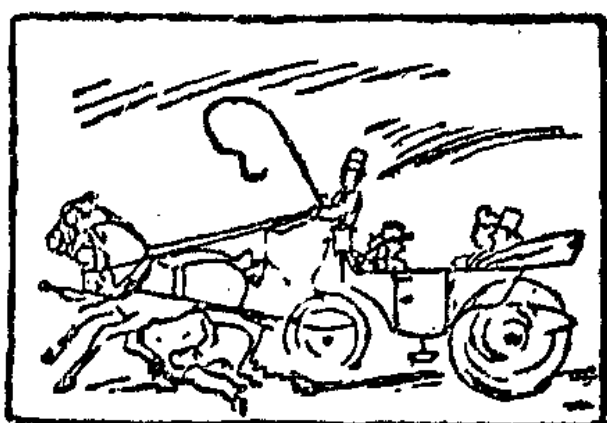
3. Nach vierzehn Tag' erscheint ein Herr
mit 'ner Tasche riesengroß,
er schüttelt Baas die Hand und ruft:
„Sie haben 's große Los,
mit einem Schlag sind Sie gemacht,
das Glück hat Ihnen gelacht!“



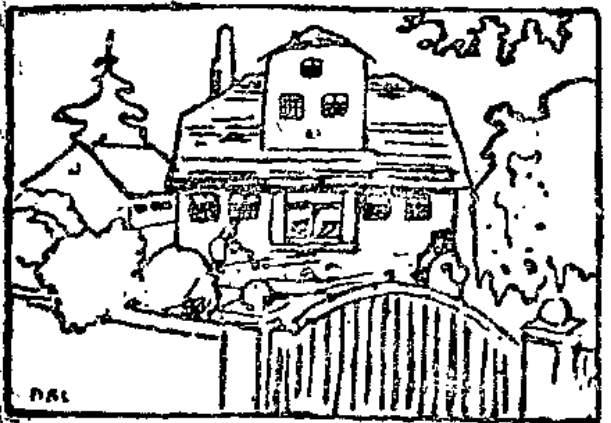
4. Und aus der großen Tasche packt
er auf den Tisch dann Hauf in Hauf,
hoch häuft sich was er eingesackt,
die Nachbarn nah'n in schnellem Laut,
das Haus, die Seinen sind voll Freud,
die neid'schen Nachbarn bersten voller Neid



5. Am nächsten Tag in aller Früh
zahlt Hans all' seine Schulden
und kauft bei Trine Primelblüh
vier Küh' für 1000 Gulden.
In froher Stimmung ist er immer,
denn dunkler Kummer quält ihn nimmer



6. Schnell kauft er noch zwei Rappen fein,
tipptopp, groß, schnelle Traber,
auch muß 'ne Kutsch' sein Eigen sein
mit weichem Polster, Kandelaber
Er kann nun, statt auf staubgem Weg zu schwitzen,
bequem in eignem Wagen sitzen



7. Gebaut wird schnell ein eignes Haus
mit Stall' für Küh' und Pferde;
aus alter Not ist er heraus,
er wohnt auf eigner Erde
Ums Weltgeriehe kümmert er sich wenig,
auf seiner Scholle ist er König



8. Die Kinder Trine, Frieda, Fritz
die gehn picktein in Schale,
am Sonntag hinterdrein im Wicks
der Vater, Mutter, Tante Male.
Nach Wanderung durch Wald und Flur
trinkt Kaffee man in sonniger Natur



9. Des Sonntags dann zur Mittagszeit
bei Suppe, Braten, Spörgel, Sauce
ruft Jürgen Baas voll Glück und Freud,
„das dank ich nur dem großen Lose,
nur dadurch wurd' ich glücklich hie,
drum lebe hoch die Glückslotterlei!“

Zur Beachtung.

Volle Adresse
angeben.
Recht deutlich
schreiben.

Die Anzahl der gewünsch-
ten Lose ausfüllen.

Hier abtrennen.

Bestellscheine.

Hier abtrennen und einsenden.

Unterzeichneter bestellt beim Bankhaus **A. Wolf & Co., Danzig-Zoppot,** _____ Lose der
Geld-Lotterie für das Deutschtum im Auslande. Zahlung erfolgt nach Empfang der Lose.

Name und Vorname _____

Wohnort (Kreis, Provinz) _____

Wohnung (Straße und Hausnummer) _____

Wohlfahrts-Geld-Lotterie

für das Deutschtum im Auslande.

26 673 Gewinne im Gesamtwert von **1 000 000 Mk.**

Einer Million Mark

Lospreis 6 Mk. einschl. Reichsstempel (Porto u. Liste 1.50 Mk. extra)

Ziehung schon im August.

Gewinnplan:

1	Hauptgewinn im Werte von	100.000 Mk.	100.000 Mk.
1	"	80.000	80.000
1	"	70.000	70.000
1	Gewinn	60.000	60.000
1	"	50.000	50.000
1	"	40.000	40.000
2	Gewinne	25.000	50.000
5	"	10.000	50.000
10	"	5.000	50.000
50	"	1.000	50.000
100	"	500	50.000
500	"	100	50.000
1000	"	50	50.000
25.000	"	10	250.000
26.673	Gewinne im Werte von zusammen		1.000.000 Mark.

P.P. Mehr denn je beherrscht jeden die Sehnsucht nach Wohlstand und Reichtum, nach Besitz und Vermögen. Wohl kaum hat es Zeiten gegeben, in denen Nahrung, Bekleidung, Wohnung solche Unsummen verschlangen wie gerade jetzt. Mit allen Mitteln muß heute ein jeder danach trachten, den grauen Sorgen des Alltags zu entinnen und sich seine Zukunft sorgenlos zu gestalten suchen. Es gibt nur eine Möglichkeit, mit Hilfe einiger Mark mühelos in den Besitz von vielen Tausenden, eines Kapitals zu gelangen; nur durch die Lotterie können Sie es erreichen. Machen Sie es, wie Hans Jürgen Baas; ziehen auch Sie die Nutzanwendung aus umstehender Geschichte und versuchen Sie, ob das Glück nicht auch Ihnen lacht.

Warum sollten auch Sie nicht zu denen gehören, die Wohlstand und gesicherte Existenz einem großen Treffer verdanken? Millionen gelangten bereits zur Ausschüttung, auch dieses Mal werden wieder Hunderttausende in die Hände glücklicher Gewinner rollen; treten Sie mit hinein in die Reihen der Spieler und sichern Sie sich die Gewinnrechte durch sofortige Bestellung. Ein altes wahres Sprichwort sagt: „Sein Glück verscherzt; wer sich besinnt“.

Wir hoffen Sie recht bald als Kunden begrüßen zu können und zeichnen

hochachtungsvoll

A. Wolf & Co.

Bestellschein.

Adresse

Bankhaus A. Wolf & Co.

Danzig-Zoppot